

43. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. April 2009

Inhalt

Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/696)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/749)

Abg. Bödeker (CDU)	3205
Abg. Günthner (SPD)	3206
Abg. Müller (DIE LINKE)	3208
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	3209
Abg. Tittmann (parteilos)	3210
Abg. Ella (FDP)	3211
Abg. Bödeker (CDU)	3212
Abg. Günthner (SPD)	3212
Abg. Tittmann (parteilos)	3213
Abg. Bödeker (CDU)	3214
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	3214
Senator Nagel	3215

Bremen – Logistkdrehscheibe im Nordwesten zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
(Drucksache 17/763)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28. April 2009

(Drucksache 17/771)

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3217
Abg. Kasper (SPD)	3218
Abg. Müller (DIE LINKE)	3219
Abg. Ella (FDP)	3220

Abg. Focke (CDU)	3221
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3221
Abg. Müller (DIE LINKE)	3222
Senator Dr. Loske	3222
Abstimmung	3224

Entlassungen verhindern – Hafen-Arbeitsplätze erhalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. April 2009
(Drucksache 17/765)

Maritime Wirtschaft als Schlüsselbranche sichern

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der CDU
vom 28. April 2009
(Drucksache 17/772)

Abg. Müller (DIE LINKE)	3225
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	3226
Abg. Günthner (SPD)	3227
Abg. Bödeker (CDU)	3228
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3230
Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	3230
Abg. Günthner (SPD)	3231
Abg. Müller (DIE LINKE)	3232
Senator Nagel	3234
Abstimmung	3236

Arbeitsplätze bei der Schichau Seebeck Werft (SSW) und beim Gesamthafenbetriebsverein (GHB) retten!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 2. April 2009
(Drucksache 17/745)

Abg. Tittmann (parteilos)	3236
---------------------------------	------

Abg. Nestler (CDU)	3237	Abg. Frau Hiller (SPD)	3240
Abg. Tittmann (parteilos)	3239	Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	3241
Abstimmung	3239	Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3242
Gewalt- und Vergewaltigungsopfer in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen		Abg. Frau Motschmann (CDU)	3243
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen		Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	3244
vom 27. April 2009		Senator Dr. Loske	3244
(Drucksache 17/767)		Abstimmung	3245

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Erlanson, Kastendiek,
Frau Möbius, Röwekamp, Frau Stahmann.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Cakici

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Marken

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 43. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich zwei neunte Gymnasialklassen der Wilhelm-Raabe-Schule aus Bremerhaven, zwei Klassen des Schulzentrums an der Grenzstraße und eine Gruppe Jugendlicher, die an dem Jugendprojekt „10 unter 25“ der SPD Bremerhaven teilnehmen. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben vier Tagesordnungspunkte, die heute zur Debatte stehen. Wir könnten es schaffen, dass wir diese bei Anstrengung bis zur Mittagspause abarbeiten könnten, sodass wir nicht den ganzen Tag in Anspruch nehmen müssten. Es liegt also jetzt an Ihnen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/696)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/749)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Nagel, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können und wollen.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anfrage lautet „Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen in Bremerhaven“, und ich bedanke mich zunächst einmal für die umfangreiche Antwort des Senats, die allerdings, lieber Senator Nagel, auch einige Lücken hat!

Ich denke einmal, die Entscheidung vom 11. Februar 2003, Offshore-Windenergie in Bremerhaven zu einem Schwerpunktthema zu machen, ist die richtige Entscheidung gewesen. Ich glaube, wer die Entwicklung in Bremerhaven verfolgt, wird sehen, dass wir eine positive Entwicklung haben, aber wir haben auch Rückschläge erlitten, und dementsprechend hat die CDU große Sorgen, dass wir hier vielleicht zu langsam handeln, dass die Frage von Gewerbeflächen in diesem Bereich eine ist, die wir schneller nach vorn bringen müssen.

Wir haben zwei Problempunkte gehabt. Das eine ist die Frage der Ansiedlung von Züblin. Meine Damen und Herren, wer die Antwort liest und auch die Stellungnahme, die der Magistrat dem Senat gegeben hat, weiß, dass wir hier nicht handeln konnten, und ich denke, man muss in einer solchen Diskussion fair bleiben. Wir haben hier ganz klar nicht das bieten können, was Züblin haben wollte, nämlich den direkten schleusenfreien Zugang zu seeschifftiefem Wasser.

Bei der Firma AMBAU sieht die Frage natürlich anders aus, und ich bin überzeugt davon, und wir haben uns mit dem Thema auch ausführlich befasst, dass hier die Chance bestanden hätte, trotzdem diese Ansiedlung nach vorn zu bringen. Ich komme in meinem zweiten Beitrag auch noch einmal darauf zurück, wie wir schneller Gewerbeflächen erhalten können.

Meine Damen und Herren, der Senat antwortet bei der Frage von AMBAU, dass hier Verträge bis 2009 erfüllt werden sollten, aber ich denke auch, in Verhandlungen hätte man erreichen können, dass auch hier gestreckt worden wäre. Ich glaube, die Entscheidung von AMBAU ist ein großer Verlust für uns.

Etwas, das ganz erfreulich ist – das haben wir ja gestern zur Kenntnis genommen, und wir werden es im Mai diskutieren –, ist der Staatsvertrag zur Luneplate. Ich glaube, hier sind wir auf einem richtigen Weg, aber auch hier müssen wir natürlich in die Zukunft blicken und schnellstmöglich handeln.

Merkwürdig ist, dass wir ja nicht nur Züblin und AMBAU verloren haben, sondern der Senat antwortet, und ich zitiere: „So hat sich im vergangenen Jahr mit der Firma WeserWind ein weiteres zentrales Unternehmen der Branche für Bremerhaven als Produktionsstandort entschieden.“ So weit, so gut! Ich habe mir einmal herausuchen lassen, was der Magistrat antwortet, denn hier ist, lieber Herr Senator, vergessen worden, dass nämlich die BARD Engineering GmbH auch ein konkretes Angebot abgegeben hat und dieses eben wegen der WeserWind GmbH nicht angenommen werden konnte. Das bedeutet in diesem Fall, dass wir 300 Mitarbeiter verlieren, die jetzt als Betriebsansiedlung in Cuxhaven angesiedelt werden. Die gleiche Diskussion haben wir mit einer Firma aus Schottland und Norwegen, die einen Standort such-

(C)

(D)

(A) te, den wir nicht vorhalten konnten, somit wandern 120 Arbeitsplätze nach Brake ab.

Ich glaube, auch die Diskussion über die Frage von Wirtschaftsförderung wird unterschiedlich geführt. In der Senatsvorlage ist da eigentlich alles in Ordnung, und der Magistrat sagt, dass natürlich auch Gespräche wegen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung nicht durchgeführt werden konnten. Die Wirtschaftsförderung konnte nicht durchgeführt werden. Insofern denke ich, meine Damen und Herren, dass auch das, was wir als Christdemokraten in diesem Haus und in der Wirtschaftsdeputation immer bemängeln, die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, ein falscher Punkt gewesen ist, und auch da müssen wir uns in den nächsten Jahren wieder verändern.

Insofern, meine Damen und Herren, sehen Sie, dass es große Schwierigkeiten gibt, und jetzt hat es eine Diskussion gegeben, die nach meinem Dafürhalten ausgesprochen ärgerlich war. Wir hatten die Verhandlungen zum Staatsvertrag, und da muss man sagen, da ist ordentlich verhandelt worden, es ist ein ordentliches Ergebnis herausgekommen. Sehr geehrter Herr Senator, im Mai werden wir ja sehen, was in den Zusatzbriefen steht. Ich hoffe nicht, dass wir uns da einschränken, sondern dass der Text des Staatsvertrags gilt, dass die Luneplate für Windenergieunternehmen genutzt werden kann und wir nicht die Zustimmung Cuxhavens brauchen, denn das ist nicht unbedingt hilfreich, insbesondere wenn wir in diesem Bereich im Wettbewerb stehen.

(B)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben in Bremerhaven, und da muss man auch den Oberbürgermeister kritisieren, eine falsche Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Es war ausgesprochen ärgerlich, mitten in den Verhandlungen zum Staatsvertrag, mitten in den Einsprüchen von Cuxhaven plötzlich zu erklären, der Flugplatz Luneort kann auch für Windenergieunternehmen zur Verfügung gestellt und gleichzeitig als Trasse für einen Weserhafen genutzt werden. Das Problem ist, dass die Frage eines Weserhafens technisch noch überhaupt nicht geklärt ist, weder die Frage von FFH haben wir in diesem Hause gemeinschaftlich verabschiedet noch die Frage, im Weserknick überhaupt einen Hafen zu bauen. Natürlich hat man als Abgeordneter sofort nachgefragt, zum Beispiel bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion, und die haben ganz erfreut zur Kenntnis gegeben, dass sie das auch interessiert in der Zeitung gelesen haben. Meine Damen und Herren, so geht das nicht!

Jeder Mensch wird alles daran setzen, Betriebsansiedlungen in diesem Bereich durchzuführen, aber es muss im Vorfeld vernünftig vorbereitet sein, und das ist hier eben nicht der Fall gewesen. Es ist schon erschreckend, wenn wir Unternehmen ansiedeln im Bereich des Flughafens Luneort und wenn die Unternehmen in diesem Bereich aus der Zeitung erfahren, dass sie vielleicht ihre Unternehmensstandorte verlieren, und wenn dann die Wirtschaftsförderungs-

gesellschaft zu diesen Unternehmen geht und mit ihnen schon anfängt zu verhandeln, ob man nicht auch nach Nordholz gehen könnte. Wir wissen alle, dass der Flugplatz Nordholz unserer Freunde aus dem Landkreis nicht unbedingt so funktionsfähig ist wie der unsrige.

(C)

Ich denke einmal, bevor man Öffentlichkeitsarbeit macht, muss erst einmal alles an Machbarem geklärt sein, sonst kann das nicht funktionieren. Wir haben hier eine falsche Strategie verfolgt, insbesondere wenn man dann in der einen Gesellschaft, der Flugplatzbetriebsgesellschaft – da bin ich auch noch im Aufsichtsrat –, dem Geschäftsführer das Wort verbietet, während die Wirtschaftsförderer sich immer noch öffentlich äußern. Das ist natürlich ein Thema, das nicht so erfreulich ist.

Wir erkennen an dieser Anfrage, dass wir unbedingt Gewerbeflächen brauchen. Wenn ich dann in der Vorlage des Senats vom 17. März lese, dass, wenn dann der Staatsvertrag in Kraft gesetzt wird – und das wird jetzt ja schnellstmöglich umgesetzt – wir in den Jahren 2010/2011 für 7,5 Millionen Euro Erschließungsstraßen in dieses Gebiet bauen wollen, ist das natürlich zu wenig.

Ich glaube, wir müssen schnellstmöglich zusammenkommen in der Wirtschafts- und Hafendeputation und im Hafenausschuss, um hier das Machbare zu sehen, um Ergebnisse zu bekommen, um auf der Luneplate auch Betriebe schnellstmöglich anzusiedeln, dass wir eben nicht noch mehr Abwanderungen als jetzt schon haben.

(D)

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, Ihr Engagement in allen Ehren, aber die Redezeit ist weit überschritten!

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, dann komme ich zum Schluss!

Für uns ist ganz wichtig, dass die Luneplate schnellstmöglich, wenn der Staatsvertrag in Kraft gesetzt worden ist, erschlossen wird, dass wir schnellstmöglich die Gelegenheit bekommen, dort weitere Betriebe für Offshore-Windenergie anzusiedeln. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben eben den etwas krampfhaften Versuch erlebt, die Erfolgsgeschichte Windenergie in Bremerhaven zu zerreden.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich erinnere mich an viele Debatten in diesem Haus, die wir in den vergangenen Jahren geführt haben, wo wir eigentlich nur von Hoffnung gesprochen haben, davon gesprochen haben, dass wir in diesem boomenden Markt der Windenergie ein Standbein bekommen müssen, dass wir schauen müssen, wie wir es schaffen können, irgendetwas zu erreichen.

Wenn man jetzt auf die letzten fünf Jahre zurückblickt und sich vor Augen führt, dass wir im Fischerhafen keine freien Gewerbeflächen mehr für Windenergieunternehmen haben, dass wir im Bereich des Grauwallrings Teststandorte angesiedelt haben, den Windkanal angesiedelt haben, dass wir mit der letzten Entscheidung, das Fraunhofer-Institut zur Windenergieforschung anzusiedeln, einen weiteren wichtigen Schritt gemacht haben, dann zeigt das, wie hervorragend wir inzwischen in diesem Bereich aufgestellt sind und auf welche Erfolgsgeschichte im Bereich der Windenergie wir zurückschauen können. Insofern kann ich Sie nur auffordern, Herr Kollege Bödeker von der CDU, reden Sie diese Entwicklung nicht schlecht, sondern stehen Sie zu dieser Entwicklung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Bremerhaven ist auf dem besten Weg, sich mit den Schritten, die unternommen worden sind, zur Stadt der Windenergie an der deutschen Küste zu entwickeln.

Da Sie als konkreten Anlass – und da, finde ich, ist es äußerst fair gewesen, dass Sie wenigstens für Züblin zugestanden haben, dass daran nicht die rot-grüne Koalition Schuld war, dass sie nicht nach Bremerhaven gekommen sind – angesprochen haben, dass es im Wettbewerb um Unternehmen zwischen verschiedenen Standorten, den wir in allen Branchen erleben, durchaus immer wieder einmal dazu kommen kann, dass sich das eine oder andere Unternehmen, aus welchen Gründen auch immer, dafür entscheidet, nicht an den Standort Bremerhaven oder nicht an den Standort Bremen zu kommen: Das hat auch etwas mit der Marktentwicklung und den Marktbedingungen zu tun! Das immer jemandem politisch zuspiesen zu wollen, finde ich an der Stelle faden-scheinig; das ist jedenfalls nicht das, was nach unserer Auffassung seriöse Politik ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie haben ausgiebig den Magistrat zitiert und als Kronzeugen gegen die Senatspolitik ins Feld geführt, und auf der anderen Seite haben Sie dann den Magistrat dafür kritisiert, dass er das gemacht hat, was in der Situation notwendig war, nämlich ohne Denkverbote zu prüfen, in welchen Bereichen der Stadt Bremerhaven es weitere Möglichkeiten gibt, Unter-

nehmen anzusiedeln. Dazu gehört natürlich die Luneplate, dazu kann aber auch der Regionalflyghafen gehören, weil wir dort eine vorhandene Infrastruktur haben; das wird im Moment geprüft. Da gilt das Gleiche, was auch für Unternehmensansiedlungen gilt. Ich weiß nicht, ob es gut ist, wenn wir unter dem Stichwort Züblin, unter dem Stichwort AMBAU, unter weiteren Stichworten hier in diesem Haus öffentlich über Unternehmen diskutieren, die sich am Standort Bremerhaven ansiedeln könnten oder hätten ansiedeln können, sondern ich glaube, dass es wichtig ist, dass die Wirtschaftsförderer, dass der Senator, der Oberbürgermeister in Bremerhaven mit der nötigen Seriosität diese Themen angehen, diese Themen abarbeiten, und das wird zurzeit im Bereich der Frage, wie man Bremerhaven weiterentwickeln kann, getan. Ich finde, das ist ein richtiger Weg.

Ich habe im Hafenausschuss den Eindruck gehabt, dass Sie den Planungen für einen Weserhafen noch eher positiv gegenüber gestanden haben. Nun weiß ich aber auch, dass sich das bei Ihnen durchaus sozusagen nach Tagesform einmal ändern kann, dass Sie dann auf einmal anderer Auffassung sind. Ich sage Ihnen meine Auffassung dazu: Wenn wir einen privaten Investor haben – und den haben wir! –, der bereit ist, an diesem Standort für den Bereich Offshore-Windenergie mit den entsprechenden Unternehmen, die dahinter angesiedelt werden können, etwas zu machen, dann, sage ich Ihnen, wird er große Unterstützung der SPD dafür bekommen, weil das ein weiterer wichtiger Schritt ist, um Bremerhaven im Bereich der Windenergie weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, schauen Sie sich das im Bereich der Ölindustrie an. Fahren Sie einmal nach Norwegen, schauen Sie sich einmal an, wie dort die Basis-häfen für die Wartung der Ölplattformen auf See aussehen! Das sind Boomzonen! Bei der Frage – erstens Luneplateentwicklung, parallel dazu die Frage, wie geht man mit dem Regionalflyghafen um – geht es nicht nur darum, ob Bremerhaven ein herausragender Produktionsstandort für den Bereich der Offshore-Windenergie mit entsprechenden Forschungseinrichtungen, die natürlich auch eine Magnetwirkung auf den Standort haben, ist, sondern es geht vor allem auch um die Frage, ob wir es schaffen, Basishafen für die Wartung der Offshore-Windparks auf hoher See zu werden.

Das ist eine Frage, die sozusagen die Zukunftsfrage für den Standort Bremerhaven ist. So schön es auch ist, Produktions- und Forschungsstandort zu sein, entscheidend – und gerade für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – wird es sein, ob wir es schaffen, Wartungsstandort zu werden. Dafür ist die Frage, wie man mit einem Hafen am seeschifftiefen Wasser für die riesigen Plattformen, die im Bereich der Windenergie genutzt werden, umgeht, die durch die Schleusen

(C)

(D)

- (A) nicht mehr durchpassen, die entscheidende Frage. Wir wollen das positiv begleiten.

(Beifall bei der SPD – Abg. B ö d e k e r
[CDU]: Soviel Beifall war das ja nicht!)

Herr Bödeker, wir haben kein Applausmessgerät in diesem Haus, das nun bei den Abgeordneten immer abwechselnd misst, wer wie viel Applaus bekommen hat. Ich glaube, dass wir in den vergangenen Jahren im Bereich der Offshore-Windenergie auch und gerade durch die Kooperation, die mit metallverarbeitenden Betrieben und mit den Werften bestehen, viel erreicht haben. Ich glaube, dass wir auf dem Weg, Bremerhaven zur Stadt der Windenergie zu entwickeln, weitergehen müssen. Wir haben die Erwartung, dass der Senat und die Stadt Bremerhaven entsprechende Konzepte vorlegen werden. Wir haben auch die Erwartung, dass natürlich sehr passgenau geschaut wird, denn man kann nicht Mitte letzter Woche als Fraktionsvorsitzender der CDU erklären, jetzt müsse aber eisern gespart werden, jetzt dürfe kein Geld mehr ausgegeben werden, und eine Woche später sagt, man macht einmal große Vorratserschließungen, koste es, was es wolle. So kann man das nicht machen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Man muss seriös an dieses Thema herangehen, man muss in konkreten Gesprächen, die nicht in diesem Hause stattzufinden haben, sondern die von den Wirtschaftsförderern hinter verschlossenen Türen stattzufinden haben, darüber sprechen, wie man es schafft, Unternehmen an den Standort zu bekommen, welche Bedingungen dafür erfüllt werden müssen, welche Flächen dafür erschlossen werden müssen. Wenn man diese konkreten Punkte abgeklärt hat, gibt es, glaube ich, in diesem Haus auch eine breite politische Unterstützung für die weitere Entwicklung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Senatsmitteilung hat einen durchweg positiven Charakter. Die Windenergie- und die Offshore-Branche sind in unserem Bundesland gelandet. Sie haben in Bremerhaven optimale Bedingungen vorgefunden und sind auf dem Weg zur Ideenschmiede der Bundesrepublik zu werden, die sich weltweit mit anderen Staaten messen kann. Über diverse Fördermaßnahmen war es möglich, das Zentrum des Offshore-Windenergieanlagenbaus in Deutschland zu etablie-

ren. Das belegen die erfolgreichen Ansiedlungen der Firmen Multibrid, REpower, PowerBlades, WeserWind und PowerWind. Hier sollen über die Jahre rund 1000 neue Arbeitsplätze entstehen. DIE LINKE hofft, dass sich der bundesweite Trend zur Niedriglohnbeschäftigung nicht bei den genannten Firmen durchsetzen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider befasste sich die Senatsmitteilung nicht mit diesem Thema, weil es nicht zur Fragestellung passte. Ein besonders zu erwähnender Erfolg ist die Ansiedlung der Forschungseinrichtung des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Windenergiesystemtechnik. Das Fraunhofer-Institut wird den bereits vorhandenen Wissenschaftsstandort der Windenergie erweitern. Im Gegensatz zu anderen Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen hat das Fraunhofer-Institut die Firmenphilosophie, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unbefristete Arbeitsverhältnisse eingestellt werden. Dies hat für unsere Region zur Folge, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf unbegrenzte Zeit an unser Land gebunden werden können. Dies ist beispielhaft, und DIE LINKE würde sich freuen, wenn sich unsere Universitäten und Hochschulen daran ausrichten würden.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. W i l l -
m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun
sie ja schon!)

Aber kommen wir nun zu der Kernaussage der CDU, die anscheinend über ihre Große Anfrage eine Panikmache verbreiten will, denn wie soll man den Titel der Anfrage „Fehlende Gewerbeflächen für Windunternehmen in Bremerhaven“ anders deuten! Hier soll anscheinend suggeriert werden, dass genau diese Flächen fehlen würden. Dieser Aussage kann sich DIE LINKE nicht anschließen, und wer die Senatsmitteilung aufmerksam gelesen hat und die derzeitigen Anstrengungen des Landes erkennt, kommt zu der gleichen Erkenntnis. Es ist richtig, dass Bremerhaven die Firmen AMBAU und Züblin nicht für sich gewinnen konnte, aber dies hatte seine tieferen Gründe. Um den langfristigen Auftrag annehmen zu können, benötigte AMBAU umgehend eine voll erschlossene Fläche von 16 Hektar.

(Abg. Frau A l l e r s [CDU]: Sie widerspre-
chen sich selbst!)

Diese Fläche konnte Bremerhaven aber erst bis Herbst 2008, also viel zu spät, zur Verfügung stellen. Um den Großauftrag und dessen Ausführungen nicht zu gefährden, entschied sich AMBAU trotz des interessanten Angebots der Landesförderung für die Stadt Cuxhaven. Bei der Firma Züblin war es sogar unmöglich,

(C)

(D)

- (A) die von ihr benötigte Fläche anzubieten, da die einzig mögliche Fläche nicht für die gewerbliche Nutzung vorgesehen ist. Dies wird hoffentlich auch so bleiben, da es sich hier zum großen Teil um Ausgleichsflächen handelt, die vielen Pflanzen und Tieren als Rückzugsgebiete dienen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, unser Ansinnen auf Wirtschaftswachstum muss ökologisch ausgerichtet sein und darf weder gegen unsere Umwelt noch gegen unsere Menschen gerichtet sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass beide Firmen nicht in unserem Land, an Bremerhaven, gebunden werden konnten, ist aber nur indirekt negativ. Fakt ist, dass in unserer Metropolregion zusätzlich über 1 000 Arbeitsplätze entstehen werden, von denen auch die Bevölkerung Bremerhavens Nutzen haben wird. Aber auch für unsere in Not geratenen Werften sind die Ansiedlungen in Cuxhaven interessant und wichtig. Allein die Firma AMBAU hat das Problem, dass sie aus eigener Kraft die Produktion nicht bewirken kann, und hat daraus folgend verschiedene Produktionsteile an andere Unternehmen übertragen. Hier wäre es den Werften möglich, eine Kooperation mit der Windenergiebranche zu schließen wie zum Beispiel mit losen Joint Ventures bis hin zu strategischen Allianzen und Netzwerken.

(B)

Dies würde dazu führen, dass wir zum einen unsere Werften und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Krise hinweghelfen können und ihnen eine sichere Zukunft schaffen, zum anderen wäre es so möglich, unsere bisher geschaffenen Gewerbeflächen optimal zu nutzen und die in unserer Metropolregion bereits entstandene Windenergiebranche zu vernetzen. Auch wäre es möglich, die bisher geschaffenen Arbeitsplätze der Windenergiebranche zu sichern und weitere zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zukunft unseres Landes ist nicht unbedingt von der Schaffung immer neuer Gewerbeflächen abhängig, sondern hauptsächlich davon, die bereits geschaffenen Wirtschaftsansiedlungen zu optimieren und miteinander zu vernetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen! Für die vorliegende Große Anfrage der CDU „Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen in Bremerhaven“ möchte ich mich erst einmal bedanken, und zwar bei der CDU. Selten oder nicht so häufig hat eine Anfrage der Opposition geholfen, die Erfolge der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung bis in Bremerhaven darzustellen,

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau A l l e r s [CDU])

auch wenn die CDU sicherlich, wie Herr Bödeker das in seinem Beitrag versucht hat, eher eine Niederlage der rot-grünen Koalition postulieren möchte. Warum dies? Die Antwort des Senats zeigt deutlich, dass es eine richtige Entscheidung war, Bremerhaven nicht allein als Produktionsstandort zu begreifen und zu entwickeln, sondern vielmehr als ein Cluster aufzubauen und auch als ein solches zu begreifen. So ist nicht nur in die Infrastruktur für die Produktion investiert worden, sondern gleichzeitig in die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Kooperations- und Netzwerkstrukturen, aber auch in betriebliche Investitionsmaßnahmen. Damit ist Bremerhaven zu dem Zentrum des Offshore-Windanlagenbaus in Deutschland entwickelt worden und nicht zu einem Standort von Windkraftunternehmen. Hier bestätigt sich auch, wie wichtig es ist, einen Standort nachhaltig zu entwickeln und eben nicht nur, Herr Bödeker, in Investitionsmittelvolumina zu denken.

(D)

Besonders das Beispiel Züblin, dazu ist das Stichwort Betonfundamente zu nennen, zeigt deutlich, dass der Bereich der Offshore-Windenergie mit besonderen Dimensionen zu tun hat. Gewichte, wie hier bis zu 6 000 Tonnen, stellen ein besonderes Erfordernis an die Infrastruktur, besonders bei den Auflastungen dar. Auch die Größen sind besondere. Wer schon einmal neben einem 90-Meter-Windkraftflügel gestanden hat, weiß, wovon ich spreche. Die besonderen Anforderungen bedeuten für die Standorte aber auch einen höheren finanziellen Aufwand bei der Herrichtung der Flächen und der Infrastruktur, denn die Kajen sollen ja tragen und die Straßen nicht versacken. Die Ansiedlung der in der Anfrage genannten Firmen und Institute zeigt auch, welche regionalwirtschaftliche Bedeutung das Cluster Bremerhavens erreicht hat, und dies ist bisher in allen Beiträgen nicht genannt worden. Unter einer solchen regionalwirtschaftlichen Betrachtung müssen auch weitere Entscheidungen bei der Erschließung zukünftiger Flächen stehen. Metropol- statt Monopolpolitik sichert und schafft langfristig Arbeitsplätze und die Ansiedlung in der Region.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Nachhaltigkeit, ein Auseinandersetzen mit Ökonomie und Ökologie heißt auch, sich mit den vorhan-

(A) denen Ressourcen neu auseinanderzusetzen. Wir wissen, dass es eine Vielzahl von Ansiedlungsanfragen für den Bereich des südlichen Fischereihafens gibt. Damit ist auch für Bündnis 90/Die Grünen klar, dass alle infrage kommenden neuen und vorhandenen Flächen kritisch betrachtet und auf deren Eignung oder Neuuzuordnung geprüft werden müssen, und dies auch, ohne vorher Dinge auszuschließen. Bei der Erschließung der zu erwartenden Flächen auf der Luneplate sollten wir den Abschluss des Staatsvertrags abwarten und dann an anderer Stelle darüber nachdenken, wie wir diese Flächen nachhaltig im Einklang von Ökonomie und Ökologie regionalwirtschaftlich erschließen.

Zum Schluss noch einmal: Die Anfrage eignet sich aus grüner Sicht nicht für einen Angriff auf die rot-grüne Politik im Bereich der Offshore-Windenergie. Außerdem sollten Sie, Herr Bödeker, über Ihre Koalitionskollegen in Bremerhaven eigentlich gut informiert sein, denn es ist auch ein großer Verdienst der BIS und der FBG in Bremerhaven, die diese erfolgreichen Ansiedlungen und den Ausbau des Clusters in Bremerhaven lobenswert unterstützt haben, wenn auch hier und da Kritik anzumerken ist. Insofern kann die Ansiedlung und der Aufbau des Clusters schon jetzt als ein erfolgreicher Teil des Strukturwandels in Bremerhaven begriffen werden. Dies sollte unter keinen Umständen zerredet werden. – Vielen herzlichen Dank!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Während in Cuxhaven der Windkraftanlagenbauer Plambeck Rekordgewinne erzielt, fehlen in Bremerhaven angeblich dringend benötigte Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen. Zwar konnten geringfügige Erfolge durch die Windenergieagentur Bremerhaven im Bereich der Windenergie erzielt werden, im Großen und Ganzen bleibt es aber eine Tatsache, dass auf Grundlage einer wirtschaftspolitischen Fehlentwicklung die Stadt Bremerhaven anscheinend fehlende Gewerbeflächen für wichtige Ansiedlungen zu verzeichnen hat. Anders ist es wirklich nicht zu erklären, dass trotz eines öffentlich bekundeten Interesses an einer Ansiedlung am Standort Bremerhaven sich zwei wichtige und führende Unternehmen, wie zum Beispiel AMBAU GmbH und Züblin AG, wahrscheinlich auf Grundlage fehlender Rahmenbedingungen am Standort Bremerhaven für den Standort Cuxhaven entschieden haben. Das, meine Damen und Herren, ist arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftspolitisch für das Armenhaus der Nation, für Bremerhaven, ein herber Rückschlag, eine Katastrophe für die Stadt Bremerhaven und ihre Bevölkerung.

Diese erschreckenden Auswirkungen –

(C)

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Sie quatschen dummes Zeug!)

bleiben Sie doch ruhig, ich bin es doch auch, Sie haben noch genug Zeit, nach vorn zu kommen! – können Sie nicht einmal ansatzweise erkennen und einschätzen. Man kann zur Windkraftenergie stehen, wie man will. Tatsache ist aber, dass die Windkraftenergie mit stetig anwachsenden Rekordergebnissen bei der Energieversorgung zukünftig eine immer größere Schlüsselrolle spielen wird. Darum ist es dringend erforderlich, dass der Standort Bremerhaven auf Grundlage seiner hervorragenden geographischen Lage viel bessere politische Rahmenbedingungen bekommt, damit sich in Bremerhaven endlich wichtige Unternehmen ansiedeln und nicht abwandern beziehungsweise sich erst gar nicht für den Standort Bremerhaven entscheiden.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Haben Sie etwas gehört vom Konjunkturprogramm II? – Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Das sind alles Sprechblasen, die Sie da absondern! Aber keine guten!)

Kommen Sie doch nach vorn! Wissen Sie, Sie mit Ihrer Partei tragen für diese Entwicklung zum Armenhaus der Nation die Schuld! An Ihrer Stelle würde ich nicht solche großen Sprüche klopfen, das steht Ihnen nicht zu. Ich würde mich schämen bei einer 40-prozentigen Kinderarmut in Bremerhaven!

(D)

(Zurufe von der SPD)

Sie lachen noch darüber, das können Sie! Unmöglich! Es ist klar, die Wahrheit kann man nicht ab, das ist selbstverständlich!

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass Bremerhaven viel bessere politische Entscheidungen bekommt, viel bessere Rahmenbedingungen, damit sich Unternehmen ansiedeln und nicht abwandern. Darum müssen erstens dringend politische Maßnahmen beschlossen werden und schnellstens effektiv, und das meinte ich jetzt damit, nicht nur reden und nicht nur quatschen, politisch umgesetzt werden im Sinne der Bevölkerung, damit sich erst einmal die katastrophale Arbeitsmarktsituation in Bremerhaven für alle spürbar deutlich verbessert. Zweitens müssen die dringend benötigten Steuereinnahmen für Bremerhaven durch weitere wichtige Ansiedlung von Unternehmen deutlich erhöht werden. Drittens ist eine Neuausrichtung einer verbesserten Wirtschaftsförderung für Bremerhaven erforderlich! Es wäre für Bremerhaven hinsichtlich der großen Hafenwirtschaftskrise und für das Bundesland Bremen insgesamt das Gebot der Stunde.

(A) Dazu gehört aber viel mehr, meine Damen und Herren, als hier leere Sprüche loszulassen oder einmal eben kurz eine Große Anfrage einzubringen, die wir leider nur zur Kenntnis nehmen müssen. Handeln Sie politisch, und halten Sie hier keine Dumpfbackenreden! – Danke!

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP): Herr Tittmann, man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, Sie leben in einem ganz anderen Bremerhaven als wir!

(Beifall)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es gehört, erst in der vergangenen Woche mussten wir es zum wiederholten Male in der „Nordsee-Zeitung“ lesen: Es stehen zu wenig Gewerbeflächen in Bremerhaven zur Verfügung. Herr Bödeker hat es erwähnt, diesmal scheitert ein Joint Venture eines regionalen Unternehmers mit einer norwegischen Firma. Das, meine Damen und Herren, können wir uns nicht leisten. Das blauäugige Denken eines Herrn Günthner in allen Ehren, den zuständigen Stellen BIG, BIS und Wirtschaftsressort kann allerdings angesichts dieser jetzt gehäuft auftretenden Verluste nur attestiert werden, dass sie sich gewaltig verplant haben.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Auch der unerwartet starke Boom in der Windkraftbranche kann nicht als Entschuldigung für die fehlende Weitsicht und für trödelnde Behörden dienen.

(Abg. Frau **T r o e d e l** [DIE LINKE]: Was? Das werde ich mir merken!)

Die Entwicklung in Bremerhaven wird verschlafen, Zukunftschancen werden verspielt, besonders fatal in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise, wo es nur wenige Lichtblicke gibt. Stattdessen nun die Idee, den erfolgreich etablierten Flughafen Luneort zu schließen! Ein klassischer Schildbürgerstreich, Millionen aus öffentlichen Kassen werden in Aufbau und Renovierung des Flughafens gesteckt. Die Firmen vor Ort, vor allem auch die Windkraftunternehmen, nutzen diesen rege. Der Flughafen ist ein entscheidender Standortfaktor für die Windkraftunternehmen vor Ort.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt den Flughafen infrage zu stellen, sollte die Wirtschaftsförderung einfach einmal das Gespräch mit den Investoren suchen!

(Beifall bei der FDP)

Wir freuen uns diesbezüglich auch schon auf die Reaktion des Rechnungshofs und auf den Bund der Steuerzahler.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Anstatt die von der FDP bereits seit Jahren geforderte Kooperation der Flughäfen Luneort und Nordholz zu prüfen, soll nun der Flugbetrieb einfach verlagert werden. Von den Kosten, die für die notwendige Infrastruktur in Nordholz entstehen, redet dabei niemand, von den Unwägbarkeiten durch den Militärbetrieb auch niemand. Die Erschließungskosten für das Flughafengelände Luneort, das nur zu 20 bis 30 Prozent ausreichend erschlossen ist, werden einfach verschwiegen,

(Beifall bei der FDP)

ebenso, meine Damen und Herren, die zusätzlichen Kosten und Flächen für die Ausgleichsmaßnahmen für die Versiegelung von vorhandenen Ausgleichsflächen auf dem Flugplatzgelände.

(Abg. **W i l l m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es keine!)

Ansonsten in dieser Frage das gleiche Bild wie immer: Die BIS und der Oberbürgermeister sagen das eine, die Koalition sagt etwas anderes und das Wirtschaftsressort sagt sowohl das eine als auch das andere.

(D)

(Abg. **W i l l m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wer sagt jetzt was?)

Das kommt jetzt, Herr Willmann, zuhören! Selbst jetzt, wo der Staatsvertrag zur Übergabe der Luneplate endlich zustande kommt, ist eine schnelle Lösung des Gewerbeflächenmangels nicht in Sicht. Eine zeitnahe Aufbereitung der Flächen für interessierte Unternehmen scheint nicht geplant. Während der Staatsrat und Herr Senator Nagel, Sie erinnern sich, in der Wirtschaftsdeputation noch wolkig ankündigten, das Gebiet nach Abschluss des Vertrages rasch zu erschließen, ist später davon nicht mehr die Rede. In der Antwort auf unsere Frage in der Fragestunde wird nur noch von einer einzigen Straße gesprochen. Wie die weitere Erschließung des Geländes stattfinden soll, bleibt offen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP – Abg. **W i l l m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja auch erst einmal eine Landesaufgabe!)

Es ist bitter zu sehen, dass durch fehlende Entscheidungsfähigkeit die für unser Land so wichtige Erfolgsgeschichte der Windkraftindustrie derart behindert wird. Es wirft zum wiederholten Male ein schlechtes Licht auf die Arbeitsfähigkeit von BIS, BIG und Wirtschaftsressort.

(Beifall bei der FDP)

- (A) Die zu erhoffende selbstkritische Betrachtung, die der Anfang für eine Verbesserung wäre, findet sich jedenfalls in der vorliegenden Antwort nicht wieder. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist jetzt hier viel gesagt worden. Lieber Kollege Günthner, den Eindruck zu erwecken, dass wir etwas miesmachen, ist mit Sicherheit falsch.

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Niemals!)

Wir, die Christdemokraten in diesem Hause, wollen die Regierungsfractionen anschieben, weil wir sehen, dass hier Handeln gefragt ist, und weil wir sehen, dass hier zauderlich und zögerlich gehandelt wird.

(Beifall bei der CDU)

In der Rede des Abgeordneten Günthner kam ein kluger Satz vor.

- (B) (Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das ist ja schon viel!)

Ja, manchmal hat er auch kluge Sätze! Er hat gesagt, man soll hinter verschlossenen Türen erst einmal alles prüfen. Genau das war mein Vorwurf beim Flugplatz, und das war mein Vorwurf insbesondere beim Weserhafen. Wir wissen nicht, ob der Weserhafen dort überhaupt entstehen kann. Wir wissen es rechtlich nicht, wasserbautechnisch nicht, aber wir diskutieren groß in der Presse, ob Weserhafen ja oder nein, und Sie erwecken hier den Eindruck, dass das Objekt gebaut werden kann. Sie können hier nicht sagen, wasserrechtlich alles kein Problem, denn die Wasser- und Schifffahrtsdirektion hat da im Moment eine ganz andere Meinung. Ich halte es für unseriös, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, das wäre überhaupt kein Problem. Ich möchte einmal sehen, wie Sie mit Ihren Kollegen der Fraktion vom Bündnis 90/Die Grünen die Diskussion dann über den Weserhafen führen.

Herr Willmann, Sie haben hier deutlich gemacht, dass alles geprüft werden muss. Ich finde, wir sollten gemeinsam keine Denkverbote haben und in jede Richtung denken und für Bremerhaven das Beste machen.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Herr Tittmann hier gesagt hat, denke ich, braucht man nicht zu kommentieren. Wer alles schlecht-

- (C) macht und glaubt, damit Erfolg zu haben, wird sich bitterlich täuschen.

Bei Herrn Müller war das eine 360-Grad-Drehung, die Sie eben einmal fabriziert haben, mit dem Ansinnen, dass man irgendwo Gewerbeflächen haben müsste, aber doch nicht, und dann kann man sie auch woanders nehmen. Das war eine Stellungnahme, denke ich, auf die man auch verzichten kann.

Etwas, Herr Ella, was eigentlich noch ganz witzig ist, ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben in der Antwort zu Ihrer Anfrage, da ist unser Senator natürlich ein Schlitzohr, das muss man wirklich so sagen, wenn er sagt, wir wollen erschließen, und wir wollen auch 2010 und 2011 mit Baukosten von 8,5 Millionen Euro eine Planstraße bauen. Dann im nächsten Satz betont er, dort, wo die Planstraße dann über kommunales Gebiet läuft, hat aber bitteschön Bremerhaven zu bezahlen. Ich glaube, so sollte man nicht miteinander umgehen. Das sollte man erst einmal in Ruhe aushandeln und dann irgendwann zu Ergebnissen kommen.

Unsere Sorge ist, meine Damen und Herren, dass hier zu zögerlich gehandelt wird, dass wir zu viele Betriebe verlieren, die wir eigentlich gewinnen könnten. Das ist der Appell, den wir hier in diesem Hause erheben, dass wir sagen, es muss jetzt, wenn der Staatsvertrag in Kraft gesetzt wird, möglichst schnell und möglichst viel in diesem Gebiet erschlossen werden. Herr Willmann, Sie wissen, dass die Einteilung, was Ausgleichsflächen angeht, zu den Gewerbeflächen ja keine Diskrepanz darstellt. Insofern denke ich, dass wir alle gemeinsam großes Interesse daran haben sollten, dass wir möglichst schnell die notwendige Gewerbefläche zur Verfügung stellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

(Abg. T i t t m a n n [parteilos]: Jetzt kommt wieder eine Al-Bundy-Rede!)

Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil viele meiner Vorredner es nicht gemacht haben, will ich einfach noch einmal die Namen der Firmen nennen, die in den vergangenen Jahren in Bremerhaven angesiedelt worden sind, weil man so ein bisschen das Gefühl haben kann, da ist eigentlich gar nichts. Es haben sich REpower, PowerBlades, Multibrid, WeserWind, PowerWind und Fraunhofer angesiedelt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Who's who der Windenergieszene, meine Damen und Herren! Die sitzen in Bremerhaven. Hier

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) den Eindruck zu erwecken, als wäre da eine große Brache, wo eigentlich gar nichts stattfindet, ist eigentlich völlig falsch.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Das behauptet doch auch keiner!)

Man kann aber auch durch Unterlassen den Eindruck erwecken, Herr Rohmeyer, das wird Ihnen vermutlich auch aufgefallen sein!

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Herr Günthner, fragen Sie einmal die CDU-Wirtschaftssenatoren!)

Wenn man es bewusst in seinen Reden unterlässt, darauf hinzuweisen, welche Erfolge dort in den vergangenen Jahren erzielt worden sind, erweckt man bewusst den Eindruck, dass dort nichts stattgefunden hat.

Da ich diesem Haus schon einige Tage länger angehöre, Herr Kollege Ella: Ich erinnere mich sehr lebhaft daran, wie Ihr geschätzter Parteikollege Wedler, der als Vorgänger hier in diesem Haus gesessen hat, in Permanenz die Koalitionäre dafür beschimpft hat, dass auf dem Carl-Schurz-Kasernengelände nichts stattfinden würde, dass am Grauwalling nichts stattfinden würde, dass im Fischereihafen nichts stattfinden würde. Jetzt findet dort etwas statt, und zwar Gutes, doch Sie erwähnen es mit keinem Wort, sondern erwecken ebenfalls den Eindruck, als wäre Bremerhaven das Armenhaus, so wie es der andere Kollege da hinten gesagt hat.

(B)

(Abg. E l l a [FDP]: Das ist doch Blödsinn, Herr Günthner! Sie haben doch den ersten Satz meiner Rede gehört!)

Ich fand auch richtig, dass Sie in Ihrem ersten Satz Herrn Tittmann darauf hingewiesen haben, er lebe offensichtlich in einem anderen Bremerhaven. Bei Ihrer Rede hat sich uns aber auch der Eindruck aufgedrängt, Sie leben auch in einem anderen Bremerhaven, vielleicht nicht in dem gleichen wie Herr Tittmann, aber auch in einem anderen Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will noch einmal deutlich sagen – weil ich den Eindruck habe, Sie würden gern völlig rückwärtsgerandt über vergossene Milch reden – und darauf hinweisen, dass in dem gleichen Zusammenhang, in dem der Kollege Bödeker über vergossene Milch redet, er schon wieder anfängt, hier Milch auszuschütten, weil nämlich die Frage, welche Flächen in Bremerhaven in den kommenden Jahren für den Bereich der Windenergie erschlossen werden können und er-

schlossen werden müssen, eng gekoppelt ist an die finanzielle Situation des Landes Bremen. Das heißt, dass es keine Denkverbote geben darf, egal ob es um die Luneplate geht, egal ob es um den Regionalflughafen Luneort geht. Es darf ebenso keine Denkverbote geben, und auf nichts anderes habe ich hingewiesen, wenn es darum geht, ob wir ein Schwerlastterminal in der Weser bauen.

(C)

Dass natürlich die wasserrechtlichen Fragen geprüft werden müssen, dass natürlich die ökologischen Fragen geprüft werden müssen – wobei mir das erste Mal aufgefallen ist, dass Sie darauf hinweisen, dass ökologische Fragen geprüft werden müssen, sonst sind Sie immer locker darüber hinweggegangen –, das muss natürlich alles seriös geprüft werden. Es ist doch aber völlig klar, wenn wir Windenergieunternehmen haben, die sich in Bremerhaven weiter ansiedeln wollen, und wenn wir ein Unternehmen aus Bremen haben, das sagt, wir würden an dieser Stelle privatfinanziert einen Terminal bauen, dann wären doch diese Landesregierung und die Stadt Bremerhaven verrückt, wenn sie sich diese Chance entgehen lassen würden. Da verstehe ich Ihre Haltung, Herr Kollege Bödeker, überhaupt nicht.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Sie müssen zuhören!)

Sie kritteln daran herum, weil Sie vermutlich vorher nicht gefragt worden sind oder warum auch immer, anstatt zu sagen, das ist eine Chance, und wenn wir diese Chance, Basishafen zu werden für die Wartung der Anlagen auf hoher See, bekommen können in Bremerhaven, dann müssen wir natürlich alle Fragen seriös prüfen, aber dann ergreifen wir diese Chance und kritteln nicht daran herum. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Günthner, irgendwie erinnern Sie mich an Al Bundy umgeben von seinen liebenswürdigen Dumpfbacken.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, versuchen Sie doch, sich parlamentarisch auszudrücken und die Regeln dieses Hauses, was Anstand angeht, einzuhalten!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (parteilos): Meine Damen und Herren, jetzt lachen Sie nicht mehr! Wahrscheinlich habe

(A) ich einmal wieder den Nerv getroffen. Wenn Sie sich über meine letzte Rede aufregen, dann weiß ich, dass ich hundertprozentig richtig liege. Ansonsten würden Sie sich nicht so aufregen. Darüber hinaus habe ich es nicht nötig, hier irgendetwas schlecht zu machen. Herr Günthner, die Tatsachen, die nackten Zahlen in Bremerhaven sprechen für sich. Ich brauche Bremerhaven nicht herabzusetzen. Auf der Grundlage einer sozialdemokratischen jahrzehntelang verfehlten Politik ist Bremerhaven tatsächlich auch von den Zahlen her das Armenhaus der Nation. Da können Sie hier noch so Schönwetterreden halten, es stimmt nicht.

Wir haben 40 Prozent Kinderarmut, wir haben die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, wir haben mit die höchsten Arbeitslosenzahlen. Wir haben Lehrermangel, wir haben einen Bildungsnotstand. Bis morgen früh kann ich die Ergebnisse Ihrer sozialdemokratischen Politik noch aufzählen, bis morgen früh, ein Schreckenschaos. – Danke!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Herrn Tittmann möchte ich nichts mehr sagen, aber, Herr Günthner, dass Sie andere Parlamentarier in diesem Haus auf die Stufe von Herrn Tittmann stellen, halte ich schon für sehr ärgerlich.

(B) (Beifall bei der CDU)

Das, was Sie hier gerade eben gemacht haben, lieber Herr Günthner, ist das, was mich an Ihr Europawahlplakat mit der heißen Luft erinnert, mit dem Sie die Linken beschimpfen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

aber mehr war das hier wirklich nicht.

(Abg. **D r . S i e l i n g** [SPD]: Das mit den Dumpinglöhnen ist aber auch richtig!)

Nein, Sie scheinen eines vergessen zu haben: Die Erfolgsgeschichte Windenergie und Offshore-Windenergie ist eine Geschichte, die durch Wirtschafts- und Häfensensoren der CDU eingeleitet worden ist. Das muss man hier zur Kenntnis nehmen. Insofern, lieber Herr Willmann, ist das natürlich kein Lob für die jetzige Regierung, sondern der eingeleitete Kurs ist ein Lob für die Vorgängerregierung, die politisch vernünftig gearbeitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie das ärgert, weiß ich.

(Abg. **Frau B u s c h** [SPD]: Ich glaube, Sie ärgern sich mehr!)

Das Problem, das wir hier sehen, ist, dass dieser erfolgreich eingeleitete Kurs eben nicht erfolgreich weitergeführt wird, und wenn Sie, Herr Günthner, im ersten Redebeitrag erklären, wir sollen hier keine Namen nennen, im zweiten erklären, wer sich angesiedelt hat, Sie aber in der Antwort sehen, wer sich eben nicht angesiedelt hat, ist es doch legitim, hier die Frage zu stellen: Wie soll es mit der Windenergie weitergehen? Bleiben wir auf der Erfolgsspur, oder verlassen wir sie, weil wir zögerlich handeln und zaudern? Genau das ist der Appell, den wir hier geben.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, die Offshore-Windenergie und die Wirtschaftskraft Bremens zu fördern, ist eine Aufgabe des gesamten Hauses, wir in Bremerhaven tragen ja auch mit Verantwortung, und auch da haben wir eine Verantwortung. Die Gesamtverantwortlichen dieses Hauses, mit denen wir im Schulterchluss stehen und schauen müssen, dass wir Betriebe ansiedeln, und nicht zusehen, dass Betriebe sich nicht ansiedeln, deswegen diese Anfrage und deshalb die Diskussion und mein Appell, lieber Herr Senator. Es ist ausgesprochen wichtig, dass wir möglichst schnell die Gewerbeflächen zur Verfügung stellen, damit wir eben nicht weitere Betriebe haben, die sich bei uns nicht ansiedeln. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Abgeordneten Tittmann wird hier allzu häufig gesagt, man brauche nicht auf ihn eingehen. Ich will an ein paar Punkten doch einmal nachweisen, welchen wirtschaftspolitischen Unsinn dieser Abgeordnete hier vertritt. Er stellt sich ans Rednerpult und sagt, zur Windenergie könne man stehen, wie man wolle. Es sei aber eine Schlüsselentwicklung in Bremerhaven. Was heißt denn, man kann dazu stehen, wie man will? Entweder sagt man, ja, wir wollen in Bremerhaven genau das Cluster Windenergie fördern und befördern, dann steht man positiv zu dieser Windenergie, oder man sagt, ich will keine Windenergie, dann muss man es sein lassen. Da muss man sich an solch einer Stelle schon einmal klar ausdrücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein zweiter Punkt: Wenn man hier permanent sagt, Bremerhaven sei ein Armenhaus, und jeden wirtschaftspolitischen Fortschritt, der in Bremerhaven deut-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) lich sichtbar ist, ignoriert – ich glaube, da sind sich alle anderen Fraktionen hier im Haus einig, dass Bremerhaven in jedem Fall deutliche Fortschritte in der Windenergie gemacht hat –, wenn man dann auch an dieser Stelle noch glaubt, diese Erfolge müsse man kaputt reden, dann ist man, glaube ich, so gestrickt, dass man glaubt, man könne politisch nur dann gewinnen, wenn es den Menschen im eigenen Ort schlecht geht, und das halte ich für eine ganz gefährliche politische Grundhaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich glaube, man sollte daran interessiert sein im Interesse des Bundeslands Bremen, aber auch im Interesse der Seestadt Bremerhaven, dass es den Menschen vor Ort gut geht, und dafür sollten alle Abgeordneten hier in diesem Haus kämpfen. Ich habe Herrn Bödeker und auch Herrn Müller so verstanden, dass sie unterschiedliche Sichtweisen haben, wie es denn besser wird, aber das gemeinsame Interesse, dass es unserem Bundesland besser gehen soll, habe ich an dieser Stelle deutlich erkannt, nur bei Herrn Tittmann nichts davon!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

(B) Es ist sozusagen ein Kernstück von Demagogie zu glauben, wenn man dann noch in einer Wirtschaftsdebatte sagt, es gibt auch zu wenig Lehrer und dies und das und jenes und alles in einen Topf schüttet, rührt und meint, noch oben darauf eine braune Soße zu gießen, dann könne man damit politisch Erfolg haben. Ich weise das ganz deutlich zurück, jedenfalls für meine Fraktion, ich maße mir hier nicht an, für alle anderen gleich mitzureden. Ich ahne aber, dass es alle anderen Fraktionen deutlich ähnlich sehen, und ich möchte darum bitten, dass mit diesem Spuk in diesem Haus irgendwann auch einmal Schluss ist und man nicht permanent diese Reden ertragen muss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Nagel.

Senator Nagel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bödeker, es waren viele Appelle an den Senator und den Senat in Ihren Beiträgen. Einer davon war: „Passen Sie bloß auf, Senator und Senat, dass die Cuxhavener nicht bei der Frage der neuen Grundstücke, die wir von Niedersachsen auf bremisches, Bremerhavener Gebiet holen, irgendwie mitreden können. Die führen da nichts Gutes im Schilde.“ Gleichzeitig stellen Sie eine Anfrage, um, wie Sie sagen, Sachaufklärung zu betreiben – Überschrift „Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftun-

ternehmen in Bremerhaven“. In der ersten Frage ist die Rede vom Scheitern von Ansiedlungen. Herr Stabbert, der Oberbürgermeister von Cuxhaven, das wissen Sie, ist CDU-Mitglied, und – wahrscheinlich aus seinem Verständnis heraus für die Interessen Cuxhavens – wenn er mit Investoren redet, verwendet er genau dies. Das heißt, aus dieser Anfrage könnte man in Cuxhaven sehr schön eine Broschüre machen, die man Investoren in die Hand drückt und dafür wirbt, warum man besser nach Cuxhaven als nach Bremerhaven geht. Deshalb, Herr Bödeker, wäre es schon schön, wenn Sie Ihrem Parteifreund Stabbert auch die Antwort des Senats auf Ihre Anfrage zuschicken könnten, damit er dies so nicht tun kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren: Das Engagement des Landes Bremen und auch der Stadt Bremerhaven für die Entwicklung der Windenergie ist hier bekannt. Es sind etwa 80 Millionen Euro an öffentlichem Geld gewesen, die Erfolge sind von Herrn Günthner dargestellt worden. Was ist denn die Folge dieser guten Entwicklung? Sie sprechen, Herr Bödeker, von einem Abwanderungsproblem und unterstellen, Unternehmen, die in Bremerhaven sind, würden weggehen. Wir haben kein Abwanderungsproblem in Bremerhaven, wir haben ein positives Zuwanderungsproblem, weil viele nach Bremerhaven kommen wollen

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. F o c k e [CDU])

genau wegen der Entwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, und deshalb findet ein Wettbewerb von Unternehmen um Gewerbeflächen in Bremerhaven statt. Das ist grundsätzlich eine gute Situation, das spricht für die Attraktivität des Standorts und hat im Übrigen auch überhaupt nicht nachgelassen, seit wir die Wirtschaftsförderung umgestellt haben. Das ist ein Märchen, das Sie hier erzählen wollen, denn der Standort hat mittlerweile Qualitäten – ich wiederhole das gern, ich habe das schon häufig gesagt –, die geldwerte Vorteile für Unternehmen bringen: Innovation, Forschung, Entwicklung, die Hochschule Bremerhaven mit Stiftungsprofessuren für Windenergie und vieles anderes mehr, das zu nennen wäre.

Was diese Fläche angeht, die für die Firma AM-BAU vorgesehen war, sie wird jetzt aufgesandet. Die Ausschreibungen werden demnächst laufen. Es werden auch in Bremerhaven weiter Gewerbeflächen zur Verfügung stehen, um die Entwicklung weiter zu unterstützen, und es ist richtig, dass wir am Standort Bremerhaven Schwerpunkte im Bereich Forschung und Entwicklung haben. Das Fraunhofer-Institut und viele andere sind genannt worden. Wir werden auch

(C)

(D)

(A) weiter im Bereich der Infrastruktur mithalten müssen.

Eines möchte ich auch betonen: Wir müssen endlich anfangen, auch in Bremerhaven den regionalen Bezug zu dem, was geschieht, einmal zu sehen. Herr Müller, Sie hatten ihn teilweise angesprochen. In diesen Tagen ist ein Antrag für den Spitzenclusterwettbewerb German Wind an die Bundeswirtschaftsministerin abgeschickt worden. Die Nordwestregion stellt sich mit ihrer umfassenden Kompetenz im Bereich Windenergie vor, und Bremerhaven spielt dabei eine zentrale Rolle. Das wird auch so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Deshalb halte ich Kirchturmspolitik im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Windenergiekompetenz im Nordwesten für den falschen Ansatz.

Der norwegische Botschafter war in diesen Tagen in Bremerhaven. Wir hatten eine norwegisch-deutsche Konferenz zum Thema Windenergie. Die Norweger verfügen über viel Erfahrung, wie man Bohrinseln unterhält, wie man die Unterhaltung, die Versorgung macht, deshalb war es gut, diese Kompetenz einmal abzufragen. Der norwegische Botschafter hat wörtlich gesagt, Bremerhaven gehöre zu den führenden Regionen im Bereich Windenergie in Europa, und wenn der norwegische Botschafter das sagt, dann weiß er, wovon er redet, denn die Norweger haben Erfahrung in dem Bereich.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich noch einmal zur aktuellen Entwicklung. Wenn Sie einmal schauen, wie denn die Wertschöpfungskette aussieht, also die verschiedenen Elemente, wie man im Bereich Windenergie Geld verdienen kann, dann sind das Standortsuche und -untersuchung, das sind Planung, Projektierung, Finanzierung, die Komponentenfertigung, die Fertigung ganzer Anlagen, und das sind vor allem Logistik, Aufbau und Montage. Wir haben im Moment in der Windenergiebranche, die ja ein aufkommender Markt ist, die Notwendigkeit, zu industriellen Fertigungsstrukturen zu kommen, damit die Kosten des offshoreerzeugten Stroms am Ende auch wettbewerbsfähig bleiben, und zwar dauerhaft und nicht nur für eine Phase, in der er noch unterstützt wird.

Deshalb führen wir – und wir heißt in diesem Fall, der Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven und ich – gemeinsam mit den potenziellen Investoren, die in diesem Spiel mitspielen wollen und auch können, Gespräche darüber, was für diese Entwicklung gebraucht wird, damit sie weiter mithalten können, und was wir in Bremerhaven bieten können. Eben kam das Stichwort, auf Vorrat einmal irgendwelche Ge-

werbeflächen auszuschreiben, das wäre genau der falsche Weg, weil wir dann am Ende das Falsche anbieten, sondern wir müssen zusammen mit denen, die in die industrielle Phase der Windenergie gehen, schauen, was wir anbieten können. Deshalb, Herr Bödeker, ist es auch richtig, dass man überlegt, ob der Flughafen in Bremerhaven dabei eine Rolle spielen kann oder muss.

(C)

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Ist das öffentlich?)

Herr Bödeker, ich bitte Sie, Sie sind so lange im Geschäft, und deshalb wissen Sie, wenn einer anfängt nachzudenken, schreibt im nächsten Zimmer einer etwas auf, im übernächsten Zimmer steht ein Faxgerät, und da ist die Nummer eines wichtigen Massenblattes in Bremerhaven, und dann ist das öffentlich. Ich bitte Sie, Sie kennen doch das Geschäft.

Ich halte es für richtig, dass wir genau diese Perspektiven für und in Bremerhaven aufzeigen, gerade auch um im Wettbewerb der Standorte das Signal zu senden, wir in Bremerhaven wollen und können, und wir werden das auch weiter tun.

Im Übrigen ist es schon merkwürdig, dass die Handelskammer mittlerweile kritisiert, dass wir als Senat zu viel für Bremerhaven tun, und gleichzeitig sagen Sie, wir tun zu wenig. Wer hat denn nun recht? Sie werden das entscheiden! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Bremen – Logistikkreisläufe im Nordwesten zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. April 2009
(Drucksache 17/763)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28. April 2009

(Drucksache 17/771)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

(A) Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Vormittag werden wir uns noch mehr mit den Häfen beschäftigen. Neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und dem Erhalt der Arbeitsplätze halte ich es für extrem angebracht, sich auch über die notwendige Infrastruktur zu unterhalten, um die Warenströme in und aus den Häfen auch zukünftig gewährleisten zu können. Eine leistungsfähige Hinterlandanbindung auf der Schiene ist ein wesentlicher Faktor im Wettbewerb der Seehäfen, und gerade für Bremerhaven als einer der größten europäischen Eisenbahnhäfen ist es unerlässlich.

Wir wissen alle, das norddeutsche Eisenbahnnetz stößt an seine Kapazitätsgrenzen. Es gibt Zahlen – gut, die waren vor der Finanzkrise –, dass bis 2015 von einer Verdoppelung des Güterverkehrs auf den Verkehrswegen ausgegangen werden muss. Die Wirtschaftskrise hat zwar die Umschlagszahlen in den Häfen derzeit nach unten gedrückt, aber abgemildert hat sie das Problem mit dem Schienenverkehr und den Kapazitätsgrenzen nicht, wenn wir uns überlegen, dass der JadeWeserPort in Wilhelmshaven irgendwann die Arbeit aufnimmt und der 15-Minuten-Takt hier in Bremen kommt – und ich sage noch einmal ausdrücklich, wir wollen diesen 15-Minuten-Takt! Es gibt ja oft die Konkurrenzsituation zwischen Güterverkehr und Personenverkehr, bei der es immer wieder angesprochen wird. Wir wollen den 15-Minuten-Takt! Das bedeutet für Bremen, dass die Kapazitätsgrenzen noch mehr ausgereizt werden.

Ein Problem ist, dass alle Güterverkehre durch den Bremer Knoten und durch den Hauptbahnhof geführt werden. Der Bremer Bahnhof ist ein Nadelöhr. Wie kann Abhilfe geschaffen werden? In dem Zusammenhang wird oft die auch sehr umstrittene Y-Trasse zwischen Bremen, Hamburg und Hannover diskutiert. Ich würde mich im Vergleich eher als mitteljung oder mittelalt ansehen, aber ich befürchte – weil diese Forderung nach der Y-Trasse schon so alt ist –, dass selbst ich das Rentenalter zumindest annähernd erreicht haben werde, bevor sie überhaupt realisiert wird. Daher brauchen wir kurz- und mittelfristige Maßnahmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurzfristige Maßnahmen: Zum einen muss der Bremer Knoten entlastet werden, zum Teil ist mit der Umsetzung einiger Maßnahmen, die auch finanziert sind, schon begonnen worden. Aber – und das ist auch eine uralte Forderung – wir brauchen das dritte Gleis in Burg, und wir brauchen einen östlichen und westlichen Bypass, der den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven anbindet.

Welche Alternativen gibt es noch? Ich denke dabei an den Ausbau bestehender Strecken in Norddeutschland. Das Streckennetz der nicht bundeseigenen Eisenbahn ist bei einer schnellen Beseitigung der vor-

handenen Engpässe für den Güterverkehr von den norddeutschen Seehäfen hervorragend geeignet. Deshalb fordere ich den Bund nachdrücklich zu einer deutlichen Aufstockung des Sonderprogramms Hafenhinterlandverkehr auf. Es ist eine nationale Aufgabe, das Problem der Engpässe zu lösen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist nicht nur unsere Forderung, sondern – das muss man jetzt auch einmal anerkennen – das ist das Fazit, das der Wirtschafts- und Verkehrsminister Hirche in Niedersachsen im November 2008 bei der Vorstellung eines DLR-Gutachtens zum Hafenhinterlandverkehr gezogen hat. In dem Fall sage ich, recht hat er! Die Ergebnisse des Gutachtens zeigen, dass auch gerade die nicht bundeseigenen Bahnen in Norddeutschland kurz- und langfristig einen Beitrag zur Entlastung der Hauptengpässe am Knoten Hamburg, aber auch Bremen, leisten können. Mit dieser Alternative könnte die Regierung realistisch und kostengünstig zügig – und darum geht es ja, wir wollen schnelle Umsetzungen – Lösungen für den Güterverkehr schaffen.

Zu der Finanzierung: Früher hat der Bund immer gesagt – und ich finde, er soll den Ausbau der privaten Nebenstrecken mitfinanzieren –, das Grundgesetz erlaube keine Finanzierung von Aus- und Neubauten nicht bundeseigener Bahnstrecken durch den Bund. Eine Finanzierung sei ausschließlich den Bundesländern möglich. Jetzt der Erfolg der grünen Bundestagsfraktion, die diesen Sachverhalt nämlich vom Wissenschaftlichen Dienst untersuchen lassen hat: Das Ergebnis sagt, der Bund darf dies unter bestimmten Umständen finanzieren. Es liegt jetzt in der Hand des Verkehrsministeriums, diesen Weg auch freizumachen. Letztendlich muss man nach all diesen Forderungen noch einmal sagen, dass hier in Norddeutschland für den Hafenhinterlandverkehr langfristig eine konkrete Planung für eine künftige Nordwestdreh-scheibe geschaffen werden muss. Das bedeutet auch, dass die Bahn mit dem Bundesverkehrsministerium hieran zusammen arbeiten muss, und es muss am Ende definitiv auch in einem Bundesverkehrswegeplan Eingang finden.

Ich möchte zum Schluss noch ganz kurz auf den Änderungsantrag der LINKEN eingehen! Uns ist das Thema Bahnlärm wichtig. Wir haben es hier auch schon oft genug diskutiert, auch in der Baudeputation immer wieder angesprochen. Wir dürfen dieses Thema nicht vernachlässigen. Wir wollen, dass der Verkehr auch im Sinne des Klimaschutzes auf die Schiene verlegt wird. Aber das bedeutet auch, dass wir die Akzeptanz der Menschen brauchen. Gerade Menschen, die an Bahnstrecken wohnen, sind extrem lärmbelastet. Hier muss Abhilfe geschaffen werden, das sehen wir auch, deswegen haben wir diesen Punkt auch in unserem Antrag selbst aufgenommen. Sie schlagen zum einen vor, man solle jetzt – zumindest

(C)

(D)

- (A) in Ortsnähe – ein Tempolimit einführen. Ich bezweifle, dass ein Tempolimit das geeignete Mittel der Wahl ist; wir wollen ja, dass Warenströme auch fließen können.

(Glocke)

Gleichwohl müsste das meiner Meinung nach untersucht werden. Der Bahnlärm hat vor allem etwas mit der Technik der Züge zu tun. Punkt 7, Sie führen das Wort „endlich“ ein, das suggeriert, der Senat hätte bisher nichts getan. Damit negieren Sie – denken Sie nur an diese ganzen Diskussionen, in denen der Senator uns immer wieder berichtet hat, welche Anstrengungen er bei der Bahn und beim Eisenbahnbundesamt hinsichtlich des Bahnlärms unternommen hat! –, dass hier schon längst etwas stattfindet.

Zum letzten Punkt: Sie fordern, dass hier ökologisch und ökonomisch gebaut werden muss. Das finde ich absolut unkonkret! Gerade der Ausbau der Nebenstrecken ist für uns eine ökologische und ökonomische Alternative. Wir brauchen die Bahn, die Häfen brauchen eine gute Bahnanbindung, wir wollen mehr Kapazitäten auf der Schiene haben, denn dies ist Klimaschutz, und daher bitte ich Sie, unterstützen Sie unseren Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kasper.

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt über Hafenhinterlandanbindungen, Ausbau des Schienennetzes und die Logistikkreuzung im Nordwesten sprechen, mag das für viele Außenstehende zunächst unverständlich klingen. Warum beschäftigt sich Politik mit Bahn-Bypässen, mit Blockverdichtung und Spurplanoptimierung auf der einen Seite, während wir auf der anderen Seite nachher darüber zu reden haben, wie die Sicherung der maritimen Wirtschaft als Schlüsselbranche und die schwierige Lage des Gesamthafenbetriebsvereins bewerkstelligt werden kann?

Die Antwort ist so einfach wie ungewiss: Weil es immer weitergeht. Zurzeit weiß niemand ganz genau, wann die großen vollgeladenen Containerschiffe sich wieder an der Stromkaje in Bremerhaven und am Burchardkai in Hamburg drängeln werden. Sicher bin ich mir aber, dass wir wieder einen Aufwärtstrend haben werden. Neben der Bewältigung der aktuellen Situation ist es aber auch Aufgabe von Politik, den Blick nach vorn zu richten und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Mit dieser Meinung sind wir nicht allein. Die IHK Nord, die Handelskammer Bremen mit der Perspektive 2020, die Initiative „Maritimer Standort Nordwest“ und viele andere Verbände und Institutionen machen sich Gedanken über die langzeitige Anbindung der deutschen Seehäfen.

Im März 2009 verabredeten die Regierungschefs von Niedersachsen, Hamburg und Bremen unter der Überschrift „Seaports of Germany“ einen Maßnahmenkatalog zu verschiedenen Handlungsfeldern. Zum Bereich Hinterlandanbindung wurde Folgendes ausgeführt, mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich zitieren: „Das dynamische Wachstum und entsprechende Prognosen zur weiteren Entwicklung der Umschlagszahlen in den norddeutschen Seehäfen erfordern unverändert eine zeit- und bedarfsgerechte Bereitstellung zusätzlicher Hafenhinterland-Infrastrukturverbindungen.“ Es würde mich daher nicht wundern, wenn in der kommenden Woche auf der gemeinsamen Kabinettsitzung von Niedersachsen und Bremen das Thema Logistikkreuzung Nordwest auf der Tagesordnung stehen würde.

In unserem Antrag schlagen wir eine Dreiteilung der Maßnahmen vor, die Kollegin Dr. Schaefer hat es eben schon angeführt. Die kurzfristigen Maßnahmen sind bereits in einigen Deputationen vorgestellt worden. Die mittelfristigen Maßnahmen bedienen sich unter anderem der Modernisierung, des Ausbaus der Nebenstrecken auch unter Einbeziehung der NE-Bahnen, also der nichtbundeseigenen Eisenbahn. Als Beispiel möchte ich hierzu die EVB anführen. Wurden auf der täglichen Verbindung zwischen Bremerhaven, Bremen Rolandumschlag und Hamburg im Jahre 1999 noch 19 000 TEU transportiert, waren es fünf Jahre später bereits 120 000 TEU. Im vergangenen Jahr 2008 wurde die Zahl noch einmal gesteigert auf 208 000 TEU. Diese Zahlen machen deutlich, dass es ohne die NE-Bahnen nicht geht. Deshalb fördert das Land Niedersachsen die NE-Strecken mit 20 Millionen Euro, 15 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II und 5 Millionen Euro aus Landesmitteln.

Warum legen die Koalitionsfraktionen zum jetzigen Zeitpunkt den Antrag vor, wo doch die Umschlagszahlen dramatisch eingebrochen sind? Weil wir der Auffassung sind, dass der Zeitpunkt genau richtig ist! Wer selbst einmal renoviert, tapeziert, um- oder angebaut hat, weiß, wie schwierig es ist, wenn man unter Betrieb oder Nutzung arbeiten muss. Neben dem Ärger mit den Nutzern kommt oftmals auch noch eine längere Modernisierungszeit dazu. Die Deutsche Bahn führt dazu im „Bahnbrief Nummer 3/2008“ aus, auch hier möchte ich gern zitieren: „Angesichts langer Planungs- und Vorlaufzeiten seien heute mutige Entscheidungen notwendig, sonst droht 2020 der Verkehrsinfarkt mit unabsehbaren Folgen für die Volkswirtschaft.“ Und weiter: „So beträgt der typische zeitliche Vorlauf von Bedarfsplanprojekten circa vier Jahre, wovon drei Jahre gesetzlich vorgeschriebene Mindestlaufzeiten sind.“ Gewinnen wir deswegen der jetzigen Situation auch etwas Gutes ab und unterstützen die Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen!

Langfristig kann für Bremen und den Nordwesten nur eine grundlegende Neubetrachtung und Neubewertung des Knotens Bremen in Betracht kommen.

(C)

(D)

(A) Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass in unserem Antrag, die Kollegin Dr. Schaefer hat es gesagt, die Y-Trasse nicht auftaucht. Ich verrate einmal ein kleines Geheimnis: Wir haben innerhalb unserer SPD-Fraktion eine Y-Trasse. Der eine Zweig wird vertreten durch Herrn Dennhardt, unseren Umweltpolitiker, er sagt, jeder Zug, der an Bremen vorbeifahre, belästige nicht die Bremer Bürger mit Lärm. Recht hat er! Der andere Zweig ist unser Wirtschaftspolitiker, Herr Liess. Er sagt, bitte nicht alles umleiten, wir wollen von der Wertschöpfung auch profitieren, wir wollen Teilhabe daran haben!

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Dafür müssen die anhalten und nicht durchgeleitet werden!)

Und dann gibt es den Verkehrspolitiker, der aus anderen Zusammenhängen gelernt hat: Verkehre müssen fließen, Stau oder Stillstand dienen niemandem.

(Zurufe von der CDU)

Wenn wir das jetzt analysieren, sehen Sie, wie einträchtig auf der Regierungsbank die beiden Ressorts nebeneinandersitzen und wir uns innerhalb der Fraktion auch einig sind, sonst hätten wir diesen Antrag nicht gestellt. Wir reden miteinander und kommen gemeinsam zu einem vernünftigen Ziel. Da seien Sie einmal sicher!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Damit diese Verkehre fließen können, müssen wir versuchen, das eine zu gewährleisten, ohne das andere zu vernachlässigen. Am Ende komme ich zu der Erkenntnis, dass Bremen und Bremerhaven ihre geografische Lage am Fluss weiterhin beibehalten und somit immer, wie seit vielen Jahrhunderten, Ziel und Ausgangspunkt von Schifffahrt sein werden. Sorgen wir heute dafür, dass auch übermorgen noch die Verkehre zu den Häfen fließen! Herr Dr. Buhlert, Sie sind ja immer so wissbegierig, ein kleiner Tipp vielleicht gerade auch an Sie: Verwechseln Sie bitte nie Warenumschlag mit Packpapier! – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden stark rückläufigen Hafenumschlagzahlen der bremischen Häfen führen derzeit zu einer Entspannung der Transportlogistik. Aber sobald sich die globale Wirtschaftslage bessert, werden die Reedereien und Seehäfen die Ersten sein, die vom Aufschwung profitieren werden. Daher müssen wir

heute die vorhandenen Schienennetze nach ihren ökologischen und ökonomischen Aspekten ausbauen. Sie müssen umweltverträglich sein, ansonsten wenden Sie sich gegen Natur und Mensch. Spätestens mit der Inbetriebnahme des JadeWeserPorts werden die schienengebundenen Personen- und Güterverkehre an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.

(C)

Der uns vorliegende Dringlichkeitsantrag der SPD und des Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Bremen – Logistikdrehscheibe im Nordwesten – zukunftsicher gestalten“ fordert den weiteren Ausbau des relativ umweltverträglichen schienengebundenen Verkehrs. Er weist in die richtige Richtung, aber geht uns nicht weit genug. Aufgrund dieser Tatsache haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der dieses zu korrigieren vermag.

Die Unterpunkte 2 bis 4 sind schlüssig und bedürften aus heutiger Sicht keiner Änderung. Wenn Sie aber in Ihrem Antrag im Unterpunkt 1 fordern, ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten: „Die Schienenkapazitäten von und zu den bremischen Häfen müssten ausgebaut werden, um sie dem zukünftigen Bedarf anzupassen“, ist dieses nur zum Teil richtig. Die LINKE lehnt es ab, diesen Ausbau um jeden Preis umzusetzen. Daher, Frau Dr. Schaefer, haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht, der die Einbeziehung der Prüfung von ökologischen und ökonomischen Aspekten bei der Umsetzung fordert.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einen kurzen Hinweis zu dem Unterpunkt 5 Ihres Dringlichkeitsantrags anführen! Sie verweisen zwar darauf, dass der Personennahverkehr nicht weiter zugunsten des Güterverkehrs beeinträchtigt werden darf, gleichzeitig erklären Sie aber, dass der Personen- und Güterverkehr gleichberechtigt behandelt werden soll. Meine Damen und Herren, wie wollen Sie so den Personennahverkehr ausbauen? Meiner Meinung nach kann die in Ihrem Dringlichkeitsantrag angedachte Taktverdichtung der Regio-S-Bahn nur dann realisiert werden, wenn auf der anderen Seite der Gütertransport eingeschränkt wird. Daher bin ich schon sehr auf Ihre Realisierungsvorschläge gespannt.

Aber kommen wir zu dem von uns eingefügten Unterpunkt 6! Der Tatsache Rechnung tragend, dass die derzeitigen starken Schallemissionen der Schienentransporte die Bevölkerung unserer beider Städte stark belasten und diese in ihrer Gesundheit bedrohen, haben wir zusätzlich zu den angedachten Lärmschutzmaßnahmen innerhalb geschlossener Ortschaften ein lärmreduzierendes Tempolimit für die schienengebundenen Verkehre eingefügt, Frau Dr. Schaefer! Gestern wurde ein sehr aufschlussreicher Bericht über das Hamburger Schallkontor gesendet, der sich genau in diesem Bereich bewegte. Dort wurde darauf hingewiesen, und ich spreche jetzt vom Straßen-

(A) verkehr, dass, wenn Sie die Geschwindigkeit im Straßenverkehr von 50 auf 30 Stundenkilometer senken, Sie eine Halbierung der Schallemissionen erzielen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber etwas ganz anderes!)

Beim Schienenverkehr wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Senkung der Schallemissionen um ein Weiteres höher wären.

(Abg. Willmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber etwas anders als beim Straßenverkehr!)

Nun komme ich abschließend zum Unterpunkt 7! Meine Damen und Herren, in Ihrem Dringlichkeitsantrag wird der Senat darum gebeten, sich bei der Deutschen Bahn für Lärmschutzmaßnahmen einzusetzen. Dies ist uns zu schwach ausgefallen, daher fordern wir den Senat dazu auf, bei der Deutschen Bahn verstärkt den dringend notwendigen Ausbau von effektiven Lärmschutzmaßnahmen zu fordern.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass das bloße Biten nicht zielführend ist. Auch der für die Deutsche Bahn zuständige Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete hat es nicht geschafft, dies umzusetzen. Hier ist die Deutsche Bahn auf die rechtlichen Verbindlichkeiten der Lärmschutzmaßnahmen hinzuweisen. Meine Damen und Herren, sollte die Deutsche Bahn trotz allem an ihrer Verweigerungshaltung festhalten, ist das sowohl politisch als auch rechtlich zu beantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte darum werben, dass Sie unseren Änderungsantrag unterstützen. Sollten Sie trotz meiner Ausführungen bei dem einen oder anderen Punkt Berührungspunkte haben, beantrage ich hiermit, dass über unseren Änderungsantrag nach einzelnen Unterpunkten abgestimmt wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. Ella (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das rasante Wachstum der Häfen in unserem Land und der damit einhergehende Schienenverkehr haben zu zunehmenden Kapazitätsproblemen und Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven und Bremen geführt. Die derzeitige Wirtschaftskrise, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, so schwer sie auch ist, wird nur eine Delle in dieser Entwicklung sein. Zugleich ist es sehr planungsintensiv und zeitaufwendig, das Schienennetz auszu-

bauen und zu erweitern. Wenn wir also auch nur irgendetwas halbwegs Positives aus der derzeitigen Krise ziehen können, dann die Chance, jetzt die infrastrukturelle Grundlage für den nächsten Aufschwung zu legen, ohne mitten im Hochbetrieb zu operieren.

(Beifall bei der FDP)

Die Engpässe auf den Schienenwegen in unserem Bundesland sind dramatisch und werden bei vollem Betrieb von CT 4 und dem Tiefwasserhafen Wilhelms- haven noch einmal größer. Daher können die hier im Antrag unter Punkt 2 aufgestellten Forderungen nur eine Zwischenlösung sein. Sie dienen der Optimierung der vorhandenen Schienenwege, sind aber nicht ausreichend, um eine dauerhafte Entlastung zu erreichen. Ohne Umfahrungen der Engpässe des Schienenknotens Bremen werden wir nicht auskommen. Daher erhalten die vorgeschlagenen Lösungen eines östlichen und eines westlichen Bypasses von uns die volle Unterstützung. Ohne sie wird es in Bremen spätestens mit der Einführung der S-Bahn zu erheblichen Problemen kommen. Diese Umgehungsstrecken sind sowohl wirtschaftlich die sinnvollste Lösung als auch für die vielen Menschen, die in Bremen entlang der Schienenwege wohnen.

(Beifall bei der FDP)

Bedauerlicherweise findet der Ausbau der Bahnstrecke in Bremerhaven hier keine Erwähnung, auch hier werden wir aber in Zukunft mit neuen Engpässen rechnen müssen. Aus verkehrspolitischer Sicht ist etwa die Wiedereröffnung des Bahnhof Speckenbüttel angeraten, der damit zu erwartende Anstieg des Personennahverkehrs und die nach der Krise steigenden Güterverkehre müssen schon jetzt berücksichtigt werden.

(Beifall bei der FDP – Abg. Günthner [SPD]: Das wird dann so ein Erfolg wie Ohlsdorf!)

Das haben Sie auch in Ihrem Parteiprogramm stehen, Herr Günthner, vielleicht sollten Sie das einmal lesen.

(Beifall bei der FDP)

Erfreulicherweise findet der Lärmschutz, der für die Akzeptanz des Schienenverkehrs in der Bevölkerung eine große Bedeutung hat, hier auch Berücksichtigung. Wir von der FDP-Fraktion haben schon im Oktober 2007 einen Antrag eingebracht, der verstärkte Bemühungen in diesem Bereich eingefordert hat. Leider ist dieser noch immer aufgrund fehlender Datenbasis zur Beratung in den Deputationen.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

- (A) Hier ist die Bahn gefordert, sich stärker zu engagieren und den Schutz bestehender Wohngebiete zu verbessern. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass die Bahnstrecken mit Güterverkehr sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven an einer Vielzahl von Wohngebieten vorbeiführen, von denen ein großer Teil noch immer ohne Lärmschutz ist. Wir in der Politik müssen uns vor Augen halten, dass ein besserer Schutz vor Lärm auch die Attraktivität unserer Städte als Lebensumfeld deutlich erhöht.

(Beifall bei der FDP)

Der vorliegende Antrag ist, auch wenn er in manchen Bereichen etwas schwammig bleibt, eine gute Basis. Daher werden wir ihm zustimmen. Den Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN halten wir für nicht zustimmungsfähig. Die Umformulierung von Punkt 1 ist in dieser Form nur für die Galerie, die Forderungen zum Lärmschutz beinhalten einige bedenkenswerte Ansätze, die aber zum derzeitigen Zeitpunkt noch keine Rolle spielen. Daher werden wir uns beim Änderungsantrag enthalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

- (B) Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diese außerordentlich dynamische Debatte nicht unnötig verlängern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte aber doch ein oder zwei Punkte noch einmal nennen! Für uns ist die Y-Trasse nicht gestorben, und wir setzen natürlich weiter darauf, dass sie irgendwann einmal kommt.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Wir auch!)

Insofern hätte man sie doch erwähnen können! Es ist aber ja kein neues Thema, das wir hier diskutieren, und man sieht ja, dass wir im Hause auch praktisch Einigkeit haben. Wir werden diesen Antrag natürlich auch unterstützen, insbesondere kann man natürlich sagen, dass die in Punkt 2 angesprochenen Maßnahmen sich ja teilweise schon in der Umsetzung befinden. Wenn man jetzt einmal zum Hauptbahnhof geht oder eine kleine Zugfahrt unternimmt, dann sieht man schon, dass da erhebliche Maßnahmen im Gange sind und dass sich die ersten Maßnahmen schon, bevor sie hier beschlossen sind, in der Umsetzung befinden, was jedenfalls auch dynamischer ist, als die Debatte es bisher gezeigt hat.

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (C) Ich weiß nicht ganz genau, warum das hier jetzt ein Dringlichkeitsantrag ist, denn in diesen Maßnahmen ist ja nicht viel Neues enthalten. Die Bahn ist schon vielfach mit diesen Maßnahmen konfrontiert worden, und in vielen Gremien ist darüber gesprochen worden. Mit der Handelskammer und mit der Bahn AG selbst haben wir viele Diskussionen geführt, diese Maßnahmen sind alle in Ordnung. Lärmschutzmaßnahmen müssen dringend gemacht werden. Das ist aber auch ein Punkt, den wir hier schon einmal angesprochen haben, wo wir auch Forderungen an die Bahn gestellt haben, da brauchen wir keine zusätzlichen Belehrungen von den LINKEN. Deswegen werden wir den Koalitionsantrag unterstützen und den Antrag der LINKEN ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Focke, Sie haben recht, das sind zum Teil keine neuen Forderungen, sondern uralte Forderungen, aber gerade weil sie so alt sind und so lange nichts passiert ist, glaube ich, muss man sie immer wieder stellen. Eines ist trotzdem neu, nämlich, dass die Finanzierung der Nebenstrecken jetzt auch vom Bund so gewährleistet wird. Insofern hat das schon eine Berechtigung, diesen Antrag heute zu stellen. Ich finde, man sollte diese Wirtschaftskrise jetzt auch nutzen, um die Infrastruktur im norddeutschen Schienennetz wirklich zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mich gemeldet, weil ich, Herr Müller, noch einmal auf Ihren Beitrag eingehen möchte. Sie sagen, Güterverkehr und Personennahverkehr müssen nicht gleichberechtigt auf der Schiene existieren. Das ist aber genau der Hintergrund für diesen Antrag, weil wir sagen, es muss beides gleichzeitig passieren. Natürlich darf der Personennahverkehr nicht zugunsten des Güterverkehrs reduziert werden. Deswegen haben wir aber ja Kapazitätsengpässe, und dieser Antrag will gerade, dass die aufgehoben werden. Wenn Sie das nicht verstehen, haben Sie diesen ganzen Antrag auch nicht verstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann, da schließe ich mich Herrn Focke – oder Herr Ella war es, glaube ich – auch noch einmal an, konkretisieren Sie einmal, was mit ökologischen und ökonomischen Aspekten gemeint ist. So ist das erst einmal eine luftleere Blase. Herr Rupp hat gestern von einer Mindestrelevanzschwelle gesprochen, mit der man solche Sachen hier nur vorbringen sollte. Ich

(D)

- (A) finde, wenn Sie ökologische und ökonomische Aspekte erwähnen, müssen Sie aber auch einmal sagen, was sich dahinter versteckt und nicht dem Ganzen immer nur ein Umwelt-Symbol-Label geben.

Dann möchte ich noch einmal sagen, Schienen- und Straßenverkehr ist hinsichtlich des Lärms unterschiedlich. Sie können das nicht einfach so miteinander vergleichen. Wir hatten lange Diskussionen, Sie waren auch bei der Parlamentariergruppe Bahn dabei, wo uns ausführlich erklärt worden ist, wie auch der Bahnlärm zustande kommt, den wir ja alle beklagen, und wo wir sagen, wir wollen da Abhilfe, wir wollen da Lärmschutzwände, die Bahn muss da etwas tun. Das hat was mit Graugussklotzbremsen zu tun, das hat was mit den Rädern zu tun. Wenn Sie sich aber anschauen, wie langsam die Güterverkehre durch den Bahnhof rattern und wie laut es trotzdem ist, dann bezweifle ich, dass ein Tempolimit, was diese Kapazitätsengpässe verschlimmern würde, jetzt eine kurzfristige Abhilfe ist. Wenn aber doch, dann müsste man das prüfen. Mich aber nerven – ganz ehrlich – immer diese Anträge aus dem Bauch heraus. Nichts ist geprüft, aber es wird einfach einmal vorgeschlagen, das kann man ja machen, das kostet ja nicht die Welt, als ob man im Keller noch einmal Transferrubel drucken könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Ich würde mir wirklich einmal wünschen, dass Sie einfach nachprüfen, ob irgendetwas machbar ist oder nicht, bevor Sie es hier fordern! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind verschiedene Fragen gestellt worden, die ich beantworten möchte.

Frau Dr. Schaefer, Sie sprechen davon, dass wir die Akzeptanz der Bahnverbindungen und deren Bahnlärmemissionen bei den Bürgern herbeiführen müssten. Wie wollen Sie das machen? Stellen Sie den Beiräten in Bremen doch einmal die Frage: Was halten Sie von den Lärmemissionen? Dann werden Sie genau diese Forderung hören, denn die Beiräte in Bremen fordern an bestimmten Strecken Tempolimits für den schienengebundenen Verkehr.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, auf der Straße!)

Wir sprechen hier über die Bahn! Ich habe einführend als Beispiel die Straße angeführt. In der Reportage von gestern wurde genau dargestellt, dass die

Schienenemissionen weitaus stärker sind als die Emissionen der Straßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ella, zu Ihrem Hinweis: Lärmschutz, Geschwindigkeitsbegrenzungen, das ist für Sie zurzeit kein Thema. Das erklären Sie einmal den Bremerhavenern in der nächsten Stadtverordnetenversammlung, vielleicht sollten wir das dort einmal ansprechen!

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Lärmschutz ist aber sehr wohl ein Thema, das hat er wohl gehört!)

Frau Dr. Schaefer, dass der Güter- und Personennahverkehr für uns nicht gleichberechtigt nebeneinander stehen kann, liegt daran, dass Die Linke fordert, dass der Personennahverkehr weiter ausgebaut werden muss. In Bremerhaven wurde er zum Beispiel abgebaut, so dass die ersten beiden Früh-Verbindungen dem Güterverkehr zur Verfügung gestellt werden konnten.

(Abg. Willmann [Bündnis 90/Die Grünen]: 2010 kommt der S-Bahn-Tarif!)

Ökonomische und ökologische Auswirkungen, also, Frau Dr. Schaefer, wenn Sie es selbst nicht wissen – jeder von uns hier im Haus weiß, was damit gemeint ist. Ökonomisch, hier müssen Sie den Kosten-Nutzen sehen, die Wirtschaftlichkeit.

Das heißt, es müssen die Maßnahmen geprüft werden – diese werden Sie ja wahrscheinlich in Kürze vorstellen – und dann müssen sie auf die Kosten und den Nutzen hin überprüft werden. Danach muss geklärt werden, wie sich die ökologischen Auswirkungen darstellen, das heißt, wie sich die Maßnahmen auf Mensch und Natur auswirken.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Schaefer, DIE LINKE hier so hinzustellen, als wenn sie sich über ökologische und ökonomische Auswirkungen nicht auskennen würde, dann kann ich nur antworten, im Europaparlament sind wir die grüne, alternative LINKE. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Wir stehen vor großen Aufgaben im Bereich der schienengebundenen Infrastruktur. Vor allen Dingen müssen wir drei Ziele zusammenbringen:

(C)

(D)

- (A) Das Erste ist die Vereinbarkeit des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene. Das ist für uns ganz wichtig. Wir sollten das nicht „entweder oder“ denken, sondern „sowohl als auch“, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir hier in Bremen Ende 2010 endlich eine S-Bahn mit einem Viertelstundentakt bekommen. Ein Viertelstundentakt heißt eben nicht, dass eine Bahn um 7 Minuten nach, eine um 11 Minuten nach, die nächste dann um 44 Minuten nach und die übernächste um 54 Minuten nach geht, sondern ein Viertelstundentakt heißt für uns dann auch ein Viertelstundentakt, und das ist eine große organisatorische Herausforderung.
- Der zweite Punkt ist die Abwicklung der Güterströme. Von denen wurde ja in der Vergangenheit angenommen, dass sie immer weiter exponentiell wachsen würden. Im Moment hat man aber erst einmal eine Delle, und dann wird man sehen, wie es weitergeht. Aber es ist nicht ganz unrealistisch anzunehmen, dass sie wieder anschwellen werden und dass wir diese Güterströme, die über unsere Häfen anlanden, zu einem möglichst großen Teil über die Schiene abwickeln wollen.
- Der dritte Punkt, der wurde jetzt zum Schluss vollkommen zu Recht angesprochen, ist, dass wir im Bereich des Lärmschutzes auf mehr Akzeptanz treffen. Denn wenn die Bahn ihre hohe Umweltakzeptanz bei der Bevölkerung verliert, ist es für alle Beteiligten schlecht. Das sind die drei großen Aufgaben, vor denen wir stehen.
- (B) Ich möchte Ihnen kurz einen Bericht über den Stand der Dinge hier bei uns in Bremen und über die Sicht des Senats geben. Vielleicht zunächst zu den kurzfristigen Maßnahmen! Es sind im Rahmen des sogenannten Sofortprogramms „Seehafen-Hinterlandverkehre“ verschiedene Kurzfristmaßnahmen initiiert worden, auch für uns hier in Bremen. Das ist erstens die geänderte Anbindung der Oldenburger Straße über die Gleise 1 bis 3, hier wird es eine Verlängerung des Gleises 1 und den Bau eines zusätzlichen Verbindungsgleises Richtung Oldenburg geben. Zweitens wird es die Einrichtung eines Linksfahrbetriebes auf der Güterbahn zwischen dem Bereich Föhrenstraße und Oslebshausen geben und gleichzeitig eine Modernisierung der Strecke. Drittens wird es eine Beseitigung höhengleicher Bahnensteigzugänge zur Erhöhung der Streckenleistungsfähigkeit auf der Strecke Wunstorf-Bremen-Bremerhaven geben. Viertens wird es eine sogenannte Blockverdichtung, das heißt kürzere Signalabstände und Verlängerungen von Überholungsgleisen, auf der Strecke Bremen-Bremerhaven geben und den Bau eines elektronischen Stellwerks in Osterholz-Scharmbeck.
- Diese Maßnahmen – dafür laufen die Planungen, die Fertigstellung erfolgt im Zeitraum 2010 bis 2011 – sind die sehr kurzfristigen Maßnahmen. Ergänzend kommt hinzu, dass wir auch in Bremen, nämlich durch den Senator für Wirtschaft und Häfen und bremenports, das Gleis der Hafenbahn zum Güterverkehrszentrum elektrifizieren und dort die Gleisgruppe Grolland auf 700 Meter verlängern. Praktisch heißt das, dass zukünftig in der Neustadt am Bahnhof Bremen-Neustadt kein Lokwechsel mehr nötig ist, so dass sich die Transportzeiten verkürzen und die Streckenkapazität Richtung Oldenburg steigt, das ist der zweite große Themenkreis der Kurzfristmaßnahmen.
- (C) Das dritte Thema hat Frau Dr. Schaefer angesprochen: Das Land Niedersachsen hat weitere Ausbaumaßnahmen im Bereich der Verkehrsbetriebe Elbe-Weser initiiert, das sind die sogenannten nicht bundeseigenen Bahnen, die ebenfalls der Entlastung des Knotens Bremen dienen. Hier werden Oberbau und Signaltechnik der nicht bundeseigenen Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg im Rahmen des Programms Initiative Niedersachsen modernisiert. Über diese Strecke können dann eben Züge mit dem Ziel Hamburg oder Hannover oder darüber hinaus um Bremen herum geleitet werden, auch das ist der dritte Kreis der Kurzfristmaßnahmen.
- Es findet zurzeit die politische Debatte statt, auf die auch eingegangen wurde, ob dafür in Zukunft auch Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Dazu haben wir noch keine abgestimmte Senatsmeinung. Ich halte das aber für sinnvoll, weil wir im allerbesten Fall, wenn die Y-Trasse realisiert werden sollte, erst 2020 dieselbe hätten. Und für diese Übergangsdekade, die vor uns liegt, müssen wir uns natürlich auch Gedanken machen.
- (D) Bei den mittelfristigen Ausbaumaßnahmen bis 2020 geht es natürlich zum einen um die Y-Trasse, die als Voraussetzung gesehen wird, um den Nordwesten insgesamt vor allem nach Inbetriebnahme des Jade WeserPorts besser an das deutsche und europäische Schienennetz anzuschließen. Aber wie gesagt, als Kurzfristmaßnahme kann man das beim besten Willen nicht bezeichnen. Nach Auskunft der DB Netz AG würde hier günstigstenfalls im Jahr 2020 eine Inbetriebnahme stattfinden können. Die DB Netz AG sagt aber gleichzeitig, dass die eingeleiteten Kurzfristmaßnahmen, die ich für Bremen und Niedersachsen beschrieben habe, ausreichend sind, ich zitiere wörtlich, „um die bis dahin steigenden Verkehre abzuwickeln“. Das war eine Verkehrsprognose vor der Wirtschaftskrise.
- Es werden aber auch weitere Maßnahmen über die Y-Trasse hinaus zum Ausbau der Infrastruktur derzeit erörtert. In der Tat steht die Frage im Raum, ob hierfür Bundesmittel bereitgestellt werden können. Das ist einmal der Bau eines dritten Gleises zwischen Burg und Oslebshausen, der Bau eines dritten Gleises zwischen Bremen und Langwedel, die Elektrifizierung und der Ausbau der Strecke Oldenburg-Osnabrück, der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Langwedel-Uelzen und der weitere Ausbau der Infrastruktur insgesamt der nicht bundeseigenen Eisenbahn.
- Es gibt zurzeit Gespräche zwischen Hamburg, Niedersachsen und Bremen, inwieweit wir ein Eisenbahn-

- (A) gutachten zur Y-Trasse erarbeiten, wo es um die Konkretisierung der Maßnahmen geht, um die Ermittlung der Kosten-Nutzen-Relation, um die ökologischen Auswirkungen und um die Priorisierungen. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal, dabei ist für uns natürlich ganz wichtig, dass die Belange des Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs gleichberechtigt berücksichtigt werden. Es kann kein generelles Prä für eine der beiden Verkehrsformen geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme abschließend zum Thema Lärmschutz! Es ist ja so, das muss man wissen, das ist nicht erfreulich, aber es ist so, dass die Lärmschutzmaßnahmen der DB freiwillig über die Förderrichtlinie für Lärmschutz laufen. Die basiert auf absoluter Freiwilligkeit und unterliegt überdies noch einer internen Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der DB. Bei uns hier in Bremen sind alle Ortsdurchfahrten – in Bremen und in Bremerhaven – zur Planung von Schallschutzmaßnahmen freigegeben. Im Jahr 2009 werden für diese Maßnahmen insgesamt 6,5 Millionen Euro bereitgestellt und im nächsten Jahr 6 Millionen Euro, so dass wir dann Ende 2010 22 Millionen Euro im Bereich Lärmschutz investiert haben. Überdies sind folgende Abschnitte von der DB AG zur Lärmsanierung in Aussicht gestellt worden: Im Jahr 2010 Grolland und Huchting, im Jahr 2011 Oberneuland und frühestens ab 2012 – dort liegen auch noch keine verbindlichen Zusagen vor – die Bereiche Oslebshausen, Burg-Grambke und Burg-Lesum.

(B)

Ein ganz großes Problem wegen der gewaltigen Schallwirkungen sind die Brückenbauten, zum Beispiel im Bereich der Cherbourger Straße beziehungsweise der Stephani-Eisenbahnbrücke. Wer sich das einmal angehört hat, weiß, wovon ich rede. Das führt aufgrund von Stahlkonstruktionen durch Körperschallabstrahlung zu erheblichen Lärmbeeinträchtigungen. Hier liegen noch keine Angebote der DB AG vor. Man sagt, man wolle noch an anderer Stelle ablaufende Pilotvorhaben abwarten. Aber da werden wir natürlich Druck machen. Denn das ist eines der größten akustischen Probleme der Stadt überhaupt!

Ob Geschwindigkeitsbegrenzungen von Zügen in Ortsdurchfahrten zur Lärmbegrenzung zweckmäßig sind, darüber kann man streiten. Ich glaube nicht, dass das eine prioritäre Maßnahme sein soll. Es kann einmal im Einzelfall sein, wenn das an einer Stelle besonders arg ist. Aber prinzipiell müssen wir natürlich ein Interesse daran haben, dass die Reisegeschwindigkeit der Züge hoch ist und dass die Attraktivität der Bahn steigt. Sie können nicht beides sagen, Herr Müller, Sie können nicht sagen, die Attraktivität der Bahn soll steigen und sie dann gleichzeitig über dem Kfz-Verkehr immer langsamer machen, das passt nicht zusammen. Entweder oder!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend zu den Lärmkarten des Eisenbahnbundesamtes! Auch das wurde schon mehrfach gesagt, das Eisenbahnbundesamt muss die Lärmkarten von Strecken der Deutschen Bahn vorlegen. Für Bremen muss man leider sagen, bis zum heutigen Tag sind nicht alle Strecken kartiert. Trotz mehrfacher Anfragen bei verschiedenen Anlässen beim Eisenbahnbundesamt, beim Bundesverkehrsministerium, bei der DB Projektbau, ist noch immer keine vollständige Lärmkartierung da. Daraus ziehen wir einstweilen jedenfalls den Schluss, dass wir unseren Lärmschutzaktionsplan im Herbst dann eben ohne den Eisenbahnlärm vorlegen und verabschieden müssen. Uns wäre es natürlich wesentlich lieber, wir würden das schon voll integriert haben. Ich möchte das gern von dieser Stelle aus noch einmal tun: Wir erwarten vom Bund, also namentlich vom Eisenbahnbundesamt, dass diese Karten zügig vorgelegt werden und wir dann auch wirklich ein integriertes Lärmschutzaktionsprogramm vorlegen müssen.

(C)

Ich glaube in der Tat, dass die Bahn aus Gründen der Verkehrspolitik, der Wirtschaftspolitik, aber vor allen Dingen auch aus Gründen des Klimaschutzes wahnsinnig wichtig ist. Aber die große offene Flanke der Bahn bei der Umweltakzeptanz ist im Moment der Lärm, und deswegen müssen wir diese Flanke so weit wie möglich schließen, damit dieses gute Ansehen der Bahn in der Öffentlichkeit erhalten bleibt. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Wer dem Punkt 1 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/771 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(FDP)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 1 des Änderungsantrags ab.

Wer dem Punkt 6 des Änderungsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t - m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 6 des Änderungsantrags ab.

Wer dem Punkt 7 des Änderungsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t - m a n n [parteilos])

(B)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 7 des Änderungsantrags ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/763 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Entlassungen verhindern – Hafen-Arbeitsplätze erhalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. April 2009
(Drucksache 17/765)

Wir verbinden hiermit:

Maritime Wirtschaft als Schlüsselbranche sichern (C)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der CDU
vom 28. April 2009
(Drucksache 17/772)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir erkennen mussten, hat sich in unseren Häfen eine Kündigungswelle bis hin zu Kündigungen von Hafentarifverträgen bemerkbar gemacht. Daher empfinde ich beide Dringlichkeitsanträge als richtungweisend mit einer Einschränkung. Während Ihr Dringlichkeitsantrag eher in die Einstufung des Erklärens der Problematik zielt, ist unser in der Einstufung der Forderungen anzusiedeln. Es ist richtig, dass über den von Ihnen beschriebenen Solidaripakt viele Arbeitsplätze des GHB auf absehbare Zeit gesichert werden können. Für diesen Solidaripakt und das solidarische Handeln der Hafen-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den GHB zollen wir, DIE LINKE, unseren tiefsten Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Was aber geschieht mit den GHB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, wenn der vorgesehene Zeitraum der Kurzarbeit verstrichen ist? Um dies zu erkennen und die GHB Arbeitsplätze absichern zu können, haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag im Unterpunkt 2 gefordert, dass der Senat ein Konzept mit dem Ziel erarbeiten soll, die bedrohten Arbeitsplätze abzusichern. Wie wichtig diese Forderung ist, wird auch bei Betrachtung der Zeitverträge sichtbar.

Zur Begründung dieser Ausführungen möchte ich auf den Artikel „Fünf Tage fehlen – Hafentarbeiter geht leer aus“ der „Nordsee-Zeitung“ vom 28. April 2009 hinweisen. Darin wird darüber berichtet, dass die bisher ausgelaufenen und im Auslauf befindlichen Zeitverträge des GHB zum Teil unsolidarisch, ja sogar unsozial sind. Es wird darüber berichtet, dass Zeitverträge, die für ein Jahr befristet waren, fünf Tage vor der benötigten gesetzlichen Mindestbeschäftigungsdauer auslaufen. Mit diesem Tatbestand werden die ehemaligen GHB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit geschickt, ohne einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erhalten. Stattdessen werden sie direkt in Arbeitslosengeld II, sprich Hartz IV, geschickt. Hier ist anzumerken, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über eine Anschlussanstellung, und wenn sie nur für eine Woche bestehen würde, über die gesetzlich aufgebauten Hürden gehoben werden könnten.

(A) Dies könnte zum Beispiel über eine Anstellung bei den bremischen Gesellschaften gewährleistet werden, wie es zum Beispiel in unserem Unterpunkt 2, Überbrückungsmaßnahmen des Landes, angedacht wurde. Dieses Tun würde den bereits gegründeten Solidarpakt weiter verstärken. Im Unterpunkt 3 unseres Antrags fordern wir den Senat dazu auf, auch für die anderen Hafenbetriebe und deren von der Wirtschaftskrise bedrohten Arbeitsplätze ein Konzept zu entwickeln. Denn sollte die Krise länger andauern als bisher erwartet benötigen wir Lösungen für die Weiterbeschäftigung der Hafenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Für beide Unterpunkte sollten die Einsatzmöglichkeiten von Landes-, Bundes- und EU-Fördermaßnahmen geprüft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag die Bundesregierung dazu auffordern, die Seehafenstandorte aufgrund ihrer enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung zu unterstützen, ist unbestritten richtig, aber leider zu kurz gesprungen. Wie ich Ihnen in meinem Redebeitrag hoffentlich aufzeigen konnte, gehen unsere Forderungen wesentlich weiter. Ich möchte darum werben, dass Sie unseren Dringlichkeitsantrag unterstützen. Für den Fall, dass Sie mit dem einen oder anderen Beschlusspunkt nicht einverstanden sein sollten, beantragen wir Einzelabstimmung der Unterpunkte. Wir, DIE LINKE, sehen Ihren Dringlichkeitsantrag als Ergänzung unseres Dringlichkeitsantrags an, daher werden wir dem Antrag 17/772 zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der LINKEN ist ein typischer Antrag, wie wir ihn hier schon häufiger gesehen haben. Zum einen malt er in der Einleitung die Situation der bremischen Häfen und der darin Beschäftigten in ein rabenschwarzes Bild, und gleich zu Beginn lesen wir dann Zahlen, die eine völlige Zerschlagung des Gesamthafenbetriebsvereins andeuten. Dabei verkennen Sie, Herr Müller, die Funktion des Gesamthafenbetriebsvereins in den bremischen Häfen, die eine besondere ist, und Sie verschweigen – Absicht möchte ich nicht unterstellen –, dass es ein hohes und ausdrücklich auch von grüner Seite zu begrüßendes Engagement und eine Solidarität der den GHBV tragenden Hafenfirmer gegeben hat und gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie, Herr Kollege Müller, sollten wissen, wovon ich spreche. Immerhin waren Sie am 17. April 2009 in

der Sitzung des Hafenausschusses anwesend, und genau dort konnte man einen Teil dieser ungewöhnlichen Solidarität erleben. Anwesend waren ver.di, die Bundesanstalt für Arbeit und der Gesamthafenbetriebsverein. Dort hat man uns sehr umfassend und sehr klar die Lösung präsentiert, die auch den Kolleginnen und Kollegen des Gesamthafenbetriebsvereins offeriert worden ist, die das Überleben des Gesamthafenbetriebsvereins in diesen schwierigen Zeiten über das jetzige Datum hinaus sichert. Sicher ist zu bedauern – dies möchte ich ausdrücklich zum Ausdruck bringen –, dass immer noch zusätzlich 200 Beschäftigte aus dem Stamm des Gesamthafenbetriebsvereins entlassen werden müssen. Dennoch sichert die jetzt gefundene Lösung ein Überleben des Gesamthafenbetriebsvereins bis zum Ende dieses Jahres, und mit der gestern beschlossenen Maßnahme, das Kurzarbeitergeld auf zwei Jahre verlängern zu können, sind die Perspektiven für den Gesamthafenbetriebsverein sicherlich nicht schlechter, sondern eher besser geworden.

(C)

Auch, Herr Kollege Müller, das blenden Sie von der LINKEN gern aus, haben die den Gesamthafenbetriebsverein tragenden Hafenfirmer ihre Zahlungen an die Garantielohnkasse – und das, obwohl sie nicht müssten – erhöht und für das eigene Personal, also das Stammpersonal der Hafenfirmer, Kurzarbeit angemeldet. Dabei wird auf zusätzlich anfallende Arbeit in den Hafenfirmer verzichtet und diese ausdrücklich an den Gesamthafenbetriebsverein weitergeleitet, damit dort der Bereich der Garantielohnkasse weiter gefüllt und eine hohe Zahl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dort weiter beschäftigt werden kann. So viel zur Solidarität der Hafenvirtschaft, denn sie ist die Stärke der Hafenbetriebe! Seit Gründung des Gesamthafenbetriebsvereins 1950, ursprünglich gegründet schon 1914 aus der Erkenntnis, dass die Löscher und Lascher nicht als Tagelöhner durch den Hafen laufen sollten, hat der Gesamthafenbetriebsverein immer eine hohe Solidarität bei den Hafenvirtschaftsfirmer gefunden.

(D)

Dann finde ich in Ihrem Antrag etwas, gegen das ich mich im höchsten Maß verwehren muss. Sie erheben gegenüber der BLG schwere Vorwürfe, dass sie Lohndumping betreiben würde. Wenn Sie das Gespräch mit der BLG gesucht hätten, wüssten Sie, dass die BLG eines der ersten Unternehmen war, das seine Zahlungen ohne Anlass an die Garantielohnkasse erhöht hat, das als erstes Kurzarbeit in seinen eigenen Betrieben in Erwägung gezogen hat, um so Mehrarbeit, Wochenendarbeit und kurzfristige Arbeit an den GHBV weiterzugeben. Hier von Lohndumping zu sprechen, ist, wie Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, sicherlich unredlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Immerhin erkennen Sie die Krise in den Häfen als vorübergehend an und nicht, wie an anderer Stelle

(A) häufig postuliert, als Karma des Kapitalismus und Krux der Globalisierung. Dafür an dieser Stelle Dank von unserer Seite!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Verweisen möchte ich Sie im Übrigen auf die Gespräche, die bereits stattgefunden haben, von denen auch im Hafenausschuss umfänglich berichtet wurde. Ich würde mich freuen, wenn Sie das Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen berichten würden, denn dann sähe Ihr Antrag sicherlich anders aus.

Zu Ihren Forderungen habe ich mir einen kurzen, knappen Satz aufgeschrieben: Wenn die Hafenbetriebe alle verstaatlicht wären – Konjunktiv! –, könnte der Senat auch direkt und umfänglich alle Arbeitsplätze erhalten, einrichten, bezahlen, weil er sie auch bezahlen müsste. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

(B) Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Um die Lage beurteilen zu können, finde ich, muss man sich noch in Erinnerung rufen, dass wir im August vergangenen Jahres über die Schaffung von Binnenterminals geredet haben. Wir hatten also die Situation, dass die Umschlagsbetriebe in Bremerhaven gar nicht wussten, wo sie eigentlich ihre ganzen Container noch hinstellen sollen, weil der Umschlag so geboomt hat, und sie überlegt haben, sie gleich aus den Häfen herauszuziehen und ins Binnenland zu transportieren. Wir haben im Herbst vergangenen Jahres erfreut zur Kenntnis genommen, dass in Bremerhaven im Containerumschlag die Rekordzahl schlechthin erzielt worden ist. Fast über Nacht – das ist ein knappes halbes Jahr her – ist die Situation vom Boom, auch im Bereich der Beschäftigung, umgekippt in eine schwere Krise. Die trifft natürlich einen Standort wie Bremen und Bremerhaven, der von der Logistik abhängig ist, besonders stark.

Ich möchte, weil ich es in der bisherigen öffentlichen Diskussion über die Situation beim Gesamthafenbetriebsverein bemerkenswert fand, den Betriebsräten des GHBV und der Gewerkschaft ver.di mein ausdrückliches Lob dafür aussprechen, dass sie mit so hoher Sensibilität und Sorgfalt mit dem Thema umgegangen sind und nicht in schnelle Forderungen verfallen sind, nun müsse der Staat das Problem lösen, das dort vorzufinden sei, sondern immer gesagt haben, der Betrieb, der GHBV, die Hafenbetriebe, die ihn tragen, müssen zusammen an einer Lösung für möglichst viele Beschäftigte arbeiten, aber insbesondere auch an einer Lösung für den GHBV insgesamt. Der Eindruck, der bei den LINKEN erweckt

*) Vom Redner nicht überprüft.

wird, es handle sich beim GHBV um eine Leiharbeitsfirma, ist falsch.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der GHBV und insbesondere die Beschäftigten legen größten Wert darauf, dass er eben keine Leiharbeitsfirma ist, sondern dass er voll in die Hafenfirmen integriert ist, in denen seine Beschäftigten arbeiten, dass sie tariflich völlig anders gestellt sind, als das im Bereich der Leiharbeitsbranche sonst der Fall ist. Insofern ist dieser GHBV systemrelevant, das heißt, beim Boom, beim Aufschwung, ist er der Teil, der dafür sorgt, dass die Mengen abgefertigt und umgeschlagen werden können, was auch durch den hohen Beschäftigungszuwachs zum Ausdruck gebracht werden konnte. In der Krise ist er natürlich bedauerlicherweise der Puffer.

Nebenbei habe ich Kolleginnen und Kollegen bei ver.di gefragt, wie sie denn Lösungen staatlicherseits sehen würden, und sie haben immer darauf hingewiesen, wir wollen zusammen schauen, wie wir eine Lösung mit den Hafenfirmen und den Beschäftigten hinbekommen. Anschließend kann es sein, dass wir auf die öffentliche Hand zukommen und um weitere Hilfen bitten. „Bitten“ war ausdrücklich der Begriff, nicht „einfordern“. Das ist, finde ich, ebenfalls bemerkenswert, weil der Versuch, in dem Moment, in dem Probleme auftreten, sie zur öffentlichen Hand hinzuschieben und zu sagen, löst einmal die Probleme, nicht der richtige sein kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte ebenfalls deutlich sagen, dass der Solidarpakt, der auf Initiative von Senator Nagel und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Beckmeyer zwischen GHBV, ver.di, Eurogate, Arbeitsagentur und der Landesregierung angeschoben worden ist, nach unserer Auffassung ein richtiger Schritt ist. In dieser Situation ging es um die Frage, wie lange die Garantielohnkasse hält, da wären bis Ende des Jahres 20 Millionen Euro herausgeflossen, hat uns der Geschäftsführer im Hafenausschuss erklärt. Das hätte bedeutet, im August hätte der Gesamthafenbetriebsverein Insolvenz anmelden müssen. Das musste – ich habe die Gründe dafür genannt –, weil der GHBV systemrelevant ist, verhindert werden. Das ist verhindert worden, und es sind darüber 550 Arbeitsplätze gesichert worden. Natürlich sieht man das mit einem weinenden und einem lachenden Auge, weil ein ganzer Teil bisher beim GHBV Beschäftigter arbeitslos werden wird. Allerdings signalisiert die Bundesagentur für Arbeit dort, dass sie sich eine ganze Reihe von guten Auffanglösungen vorstellen kann.

(C)

(D)

(A) Wir haben eben über das Stichwort Windenergie diskutiert. Das ist ein Bereich – das konnte man auch gestern bei der Bilanzpressekonferenz der Landesbank erfahren –, der nicht von der Krise betroffen ist, sondern in dem es weiter boomt. Das heißt natürlich, dass es dort auch im Bereich der Beschäftigung weitere Perspektiven gibt. Das Ziel der SPD-Fraktion ist, dass möglichst viele der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die beim GHBV aus betrieblichen Gründen, die die Hafenvirtschaft zu vertreten hat, arbeitslos werden, in der maritimen Wirtschaft gehalten werden, damit sie in dem Moment, in dem wir diese Krise überwunden haben, es wirtschaftlich wieder aufwärts geht und die Häfen davon wieder profitieren, auch dem maritimen Sektor weiterhin zur Verfügung stehen.

Es wäre fatal, wenn die Leute, die in den vergangenen Jahren mit großem Aufwand qualifiziert worden sind und insbesondere auch aus der Arbeitslosigkeit heraus qualifiziert worden sind, aus diesem Sektor herausfallen würden und wir dann, wenn es wieder aufwärts geht, eine neue Welle organisieren müssten, Beschäftigte für diese Firmen zu finden. Sie müssen gehalten werden. Es muss alles unternommen werden, damit die Menschen nicht tief fallen.

(B) Ich möchte, weil der Kollege Müller auch das Beispiel des Kollegen vom GHBV angesprochen hat, dem fünf Tage fehlen, um nicht in ALG II zu fallen, sagen, dass auch das Signal des Betriebsrats, dass man da über Einzellösungen nachdenken müsse, ein richtiges Signal ist. Es ist natürlich niemandem zu erklären, dass ihm fünf Tage fehlen und dass das eine riesige Stufe bei der Frage ausmacht, wie es anschließend mit seinem Arbeitslosengeldbezug aussieht. Aber auch in diesem Fall sage ich deutlich, kann es nicht staatliche Aufgabe sein. Ich finde die Idee ziemlich wirr, dass man Leute, die beim GHBV arbeitslos werden, bei BIG und BIS und bremenports und wem auch immer unterbringt. Auf so eine Idee ist bisher in der Diskussion noch niemand gekommen, da muss man sagen, das ist eine besondere Form von Kreativität. Ich glaube, dass es aus staatlicher Sicht falsch wäre, ich glaube aber auch, dass es für die Beschäftigten falsch wäre, weil es für sie natürlich darum gehen muss, dass man ihnen, wenn sie in Arbeitslosigkeit fallen, möglichst schnell in maritimen Branchen eine neue Arbeit besorgt beziehungsweise sie qualifiziert, sie aber nicht irgendwo bei städtischen oder staatlichen Gesellschaften parkt, das ist wirklich etwas wirr.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis
90/Die Grünen]; Das ist ja kein Parkhaus!)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Hinweis geben. Es hat ja auch einmal eine andere Situation bei der BLG gegeben, als der staatliche Einfluss auf dieses Unternehmen noch größer war. Wir

haben aber eigentlich in den vergangenen 13 Jahren ganz gute Erfahrungen mit einer BLG gemacht, die betriebswirtschaftlich organisiert ist und ein hohes Interesse daran hat, möglichst viele Beschäftigte in Arbeit zu bekommen, aber auch möglichst viel Hafenumschlag zu produzieren.

Staatlicher Einfluss ist an dieser Stelle also der falsche Weg. Ich will ebenfalls deutlich sagen, dass die Forderung, die auch auf der Maritimen Konferenz transportiert worden ist, viel Unterstützung gefunden hat, weil wir ja natürlich aus der Sicht Bremens und Bremerhavens feststellen, dass die Probleme in Hamburg ähnlich sind, dass die Probleme in Rostock ähnlich sind, dass eigentlich an der ganzen deutschen Küste mit ähnlichen Problemen gekämpft wird.

Die Idee eines Schutzschirms für die maritime Wirtschaft ist nach Auffassung der SPD-Fraktion der richtige Weg, weil wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir nicht nur in der Branche Automobilindustrie oder im Bankensektor Probleme haben, sondern dass es in diesem Bereich, der unglaublich abhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und von der Logistik ist, ebenso große Probleme gibt. Deswegen muss im Rahmen des Bestehenden eine Feinjustierung der Instrumente stattfinden, damit auch der Bund deutlich macht, dass die herausragende Funktion, die die maritime Wirtschaft für den Standort Deutschland insgesamt hat, auch von der Bundesregierung gesehen wird und dass entsprechend für die Schifffahrt, für Werften und Häfen dann auch dieses gesamtdeutsche Problem gelöst wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier einen Themenbereich, der ausgesprochen problematisch ist. Zunächst einmal will ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion erklären, dass wir große Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gesamthafenbetrieben, aber auch in den anderen Betrieben, die im Hafen und in der maritimen Wirtschaft sind, haben und dass wir alles in unserer Macht Stehende auch bewerkstelligen werden, um hier die Not zu lindern, denn das, was Herr Günthner gesagt hat, ist genau richtig: Wir haben die maritime Wirtschaft immer für hohe Steigerungsraten gelobt und haben uns gefreut, und wir haben gesagt, der Hafen ist der Jobmotor des Landes, und über Nacht haben wir Umsatzeinbußen in zweistelligen Prozentzahlen, die dramatisch sind.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den
Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) Die Frage, die sich stellt, ist natürlich, dass in einer globalen Wirtschaft gerade die Hafengebiete besonders leiden. Insofern haben wir, und das hat Herr Willmann auch erwähnt, am 17. April 2009 schon eine ernsthafte und, ich glaube, gute Diskussion im Hafenausschuss zu diesem Thema gehabt. Wir haben ver.di, die Arbeitsagentur und den Gesamthafenbetriebsverein zu Gast gehabt und haben mit ihnen auch über Lösungsmöglichkeiten diskutiert.

Das Problem ist natürlich, dass der Bereich der Hafentarbeiter nicht mehr der Bereich der Tagelöhner ist, sondern dass der Hafentarbeiter heutzutage hochqualifiziert ist und dass gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Gesamthafenbetriebsverein auch überall eingesetzt werden können, und das ist ja der Sinn gewesen. Herr Willmann hat darauf hingewiesen, der GHBV wurde schon 1914 von 56 Umschlagsunternehmen allein mit dem Ziel gegründet, in allen Bereichen hinein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen. Das heißt, der Gesamthafenbetriebsverein hat eine hohe Qualifikation, und wir stehen in großer Gefahr, dass wir diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren und dann, wenn der Aufschwung wiederkommt, wovon wir alle ja ausgehen und mit dem wir alle rechnen und von dem wir hoffen, dass er möglichst kurzzeitig ist, plötzlich eben diese qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr haben. Gott sei Dank gibt es im Bereich der Windenergie noch keinen Rückgang, sondern auch dort werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt!

(B) Insofern ist es richtig, dass ein Solidarpaket beschlossen worden ist, in dem die Betriebe, die auch in guten Zeiten auf den Gesamthafenbetriebsverein zurückgreifen können, sagen, dass geholfen werden soll. Das geht einmal dadurch, dass man mit der Stammbesellschaft in Kurzarbeit geht, die natürlich auch dadurch Nachteile erleidet, und ich glaube, die Entscheidung der Bundesregierung ist richtig, auch das Instrument Kurzarbeit auf 24 Monate zu verlängern, das hilft uns allen.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, dass die Entlassungen sich in einem Rahmen halten, der vorher so nicht angekündigt war, wobei ich auch gestehen muss, dass ich mich eigentlich gewundert habe, dass diese Diskussion im März losging, denn jeder, der weiß, wie der Gesamthafenbetriebsverein aufgebaut ist, wusste im Dezember schon – als Eurogate und Nordseeterminals Bremerhaven erklärt haben, dass sie wahrscheinlich mit ihren Stammmitarbeitern auch schon in Kurzarbeit gehen müssen –, dass es dort Schwierigkeiten gibt. Es gibt zwar Rücklagen, aber es gibt kein Betriebsvermögen, sodass man auch bankenmäßig nicht aktiv werden kann, um Personal weiter zu beschäftigen. Insofern ist es ein Abfedern, und es ist eine Zusage, und deswegen sind wir diesem Antrag auch gern beigetreten, dass wir sagen: Natürlich wollen wir im

Bereich derer, die entlassen werden müssen, was ja ganz tragisch ist, zumindest versuchen, weiterzuqualifizieren und andere Lösungen zu finden. Ich glaube, das ist ein Antrag, der von drei Fraktionen hier getragen wird, und auch die FDP wird sich dem so nicht verschließen können.

Es ist die Not der Menschen, über die wir reden. Ich muss sagen, der Antrag der LINKEN hat mich doch sehr geärgert, weil man hier versucht, den Eindruck zu erwecken, dass von Staatsseite Vollbeschäftigung durchgeführt werden kann,

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist doch deren Gesellschaftsmodell!)

und das ist falsch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, mit der Planwirtschaft haben gerade Sie schlechte Erfahrungen gemacht, das ist ein Instrument, das gescheitert ist. Deswegen muss man in großer Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach Lösungen suchen. Der Solidarpaket ist ein richtiger Schritt, die Frage der Weiterqualifizierung ist ein richtiger Schritt, und wir sind auf dem richtigen Weg, bei einer großen Dramatik, über die wir natürlich reden.

Die andere Frage, über die wir allerdings hier öfter diskutieren, ist die Anerkennung der maritimen Wirtschaft, insbesondere der Hafengewirtschaft, nicht nur für das Bundesland Bremen – Hamburg hat ja ähnliche Probleme –, sondern für die ganze Republik, denn die Wahrheit ist, wir halten die Häfen nicht für uns vor, sondern zur Versorgung der Republik, zur Versorgung der anderen Bereiche und der Anrainerländer. Da kann man das Land Bremen eben nicht allein lassen, und wir reden ja bei allen Haushaltsberatungen und auch bei der Frage der Finanzauslastung des Landes Bremen davon, dass wir dort Hilfen brauchen.

Es ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, in diesem Antrag noch einmal darauf hinzuweisen, dass Häfen für das gesamte Land da sind und nicht nur für uns und dass wir in dem Bereich auch Hilfen brauchen. Aber ich sage, die Erweiterung des Kurzarbeitergeldes ist schon eine große Hilfe. Wir senden hier ein richtiges Signal aus. Wichtig ist für uns als Christdemokraten in diesem Hause die Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Zusage zu helfen. Aber, meine Damen und Herren, das kann natürlich nur im ordnungspolitischen Rahmen gehen und mit Sicherheit nicht beim Verlassen der ordnungspolitischen Schiene, aber da sind die LINKEN ja immer etwas leichtfertig. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(C)

(D)

(A) Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Populismus bezeichnet eine Politik, die Unzufriedenheit, Ängste und aktuelle Konflikte für ihre Zwecke instrumentalisiert, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert, wobei verantwortungsethische Gesichtspunkte und Aspekte der praktischen Realisierbarkeit weitgehend außer Acht gelassen werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich auch bei dem Antrag der LINKEN um einen Versuch handelt, den Populismus der LINKEN hier in dieses Haus zu tragen. Aus unserer Sicht ist Ehrlichkeit der bessere Ratgeber.

(Beifall bei der FDP)

Die dramatischen Einbrüche, die die Konjunkturkrise mit sich bringt, zwingen viele Unternehmen dazu, drastische Einschnitte vornehmen zu müssen. Wann eine Verbesserung der Konjunkturlage eintreten wird, ist aus heutiger Sicht noch überhaupt nicht absehbar. Die spezielle Funktionsweise und Arbeitsweise des Gesamthafenbetriebsvereins ist ursächlich dafür, dass dieser besonders von der Konjunkturlage betroffen ist; das ist in den Redebeiträgen meiner Vorredner schon zum Ausdruck gekommen. Die Sicherung und das langfristige Überleben des Gesamthafenbetriebsvereins ist auch aus Sicht der FDP wichtig und muss im Vordergrund aller politischen Bemühungen stehen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Die LINKE versucht in Ihrem Antrag, den Eindruck zu erwecken – es ist auch schon angesprochen worden und hat mich auch sehr geärgert –, dass die Unternehmen BLG beziehungsweise Eurogate sich sozusagen ihrer Verantwortung dort nicht bewusst werden. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, gerade BLG und Eurogate haben sich mit sehr aufwendigen Qualifizierungen engagiert, um in den letzten Jahren immer wieder gerade auch langzeitarbeitslose Menschen Perspektiven zu geben, und das verdient, denke ich, doch unser aller Anerkennung.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb teilen wir die Kritik von der LINKEN an dieser Stelle auch nicht!

Sich hingegen langfristig auf die Sicherung aller Arbeitsplätze im Hafen festzulegen, so wie sie heute sind, erscheint uns vor dem Hintergrund von Innovation und technologischer Entwicklung nicht klug, und es erscheint uns auch wie ein Stück aus dem Tollhaus, dass Sie das auch noch mit Landesmitteln meinen bewerkstelligen zu können. Ich denke, da sind

wir uns doch hoffentlich einig, das ist außerhalb jeder darstellbaren Realität.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Innovation und technologische Entwicklungen verändern Arbeitsplätze, lassen Arbeitsplätze überflüssig werden, sie schaffen aber auch neue Arbeitsplätze. Das sehen Sie auch gerade an dem Beispiel, das wir hier diskutieren, denn einige Beschäftigte des Gesamthafenbetriebsvereins haben schon neue Beschäftigungsmöglichkeiten, auch in anderen Branchen, auch außerhalb des maritimen Sektors, gefunden, und ich finde das auch überhaupt nicht problematisch, das ist vollkommen in Ordnung. Es ist vollkommen normal in einer Marktwirtschaft, dass sich Menschen entschließen, von der einen in die andere Branche zu wechseln, je nachdem wie sich die Nachfrage entwickelt, und glücklicherweise gibt es auch Branchen, die zumindest teilweise in der Lage sind, auch in der Krise Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Die Windenergiebranche ist hier beispielhaft schon angesprochen worden.

Die FDP steht dazu: Es muss darum gehen, Schäden vom Gesamthafenbetriebsverein und von der maritimen Wirtschaft am Standort Bremerhaven abzuwenden. Wir begrüßen das solidarische Handeln der Hafenwirtschaft in Bremerhaven im Interesse der Beschäftigungssicherung, und es muss darum gehen, die Qualifikation der Beschäftigten über die Krise zu erhalten. Deshalb haben wir uns entschlossen, dem Antrag der drei Fraktionen heute zuzustimmen, und den Antrag der LINKEN, das werden Sie dem Redebeitrag entnommen, werden wir ablehnen. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Günthner, das war ja fast ein Werfen mit Wattenbäuschen, und dann wundern Sie sich, warum Ihr Redebeitrag nicht so einschlägt, wie Sie sich es gewünscht haben, wenn Sie auch in Ihrem Redebeitrag keine konkreten Lösungsvorschläge für die Beschäftigten unterbreiten!

Ganz kurz! Der Gesamthafenbetriebsverein hat seine Leistung für die Kunden darauf ausgerichtet, Arbeitskraft abrufbar in verschiedenen Tätigkeits- und Qualifikationsbereichen vorzuhalten. Es ist klar, das erspart Zeitverluste, wenn man schnell Personal braucht. Es erspart mitunter auch Kosten, wenn man Personal nur zeitlich befristet braucht. Nun ist der Um-

(A) satz im gesamten Hafen eingebrochen. Die Hafentriebe fahren selbst Kurzarbeit, und jetzt nehmen sie auch nicht mehr die Arbeiten und Angebote des Gesamthafenbetriebsvereins in Anspruch. So weit, so gut!

(Abg. W i l l m a n n [DIE LINKE]: Das stimmt ja nicht!)

Mit Ihren Beiträgen negieren Sie aber mehr oder minder den Fakt, dass alle befristeten Arbeitsverträge beim GHBV sang- und klanglos auslaufen, und das schon seit Ende letzten Jahres. Ich finde es fatal, wenn Sie an dieser Stelle in Ihrem Antrag nur darauf hinweisen, dass Sie viele Arbeitsplätze der gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des GHBV erhalten wollen. So steht es im Antragspunkt 2. Es gebe hier die Möglichkeit, die Befristeten natürlich auch in Kurzarbeit zu schicken.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Plenum sitzt und staunt!)

Wir finden natürlich auch noch fatal, dass darüber hinaus die Kunden des GHBV – und dazu zählt natürlich die BLG – einen erheblichen Druck ausüben, die Tarife so zu senken und den Arbeitseinsatz noch weiter zu flexibilisieren. Herr Willmann, natürlich ist der GHBV keine Leiharbeitsfirma, aber er agiert fast so. Wenn die BLG Vergleiche anstellt, dass Leiharbeitsfirmen einen Stundenlohn von sechs Euro zahlen, während beim GHBV acht Euro gefordert werden, dann finden wir das einen Skandal, und das können wir so nicht einfach stehen lassen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Fakt ist ferner, dass die Kosten der Weiterbeschäftigung durch die bundesweiten Möglichkeiten zur Kurzarbeit fast auf Null gesenkt werden können. Das ist unser Anspruch, und das würde, wenn Sie diese Forderung aufgreifen, zumindest ein Stück weit die Ernsthaftigkeit Ihres Antrags darstellen. Dem kommen Sie leider nicht nach, Sie bleiben dahinter zurück, und wir denken, hier könnte auf jeden Fall unter Ausnutzung der rechtlichen Rahmengesetzgebung mehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht werden, als Sie es mit Ihrem sehr vage formulierten Antrag nur tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben darüber hinaus natürlich auch überlegt, ob es vielleicht andere Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung gäbe? Wir haben überlegt, ob man möglicherweise eine Transfergesellschaft einrichten kann. Wir haben davon Abstand genommen, weil wir denken, es ist keine Alternative. Wer in eine Transfergesellschaft geht, ist beim alten Arbeitgeber gekün-

digt und erhält stattdessen einen neuen, befristeten Arbeitsvertrag, und der Arbeitgeber ist damit natürlich auch die leidige tarifliche Verpflichtung der Aufstockung des Kurzarbeitergeldes los. Das sind Aspekte, die wir nicht befürworten, sie haben auch nichts mit der Verhinderung von Arbeitslosigkeit zu tun. Das lehnen wir ab.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen wäre durchaus zu überlegen, ob das Land nicht auch ergänzend mit Krediten zur Überbrückung eingreifen könnte, und zwar mit Krediten für die Garantielohnkasse, die beim GHBV besteht, um damit quasi dem GHBV kurzfristig unter die Arme zu greifen.

(Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müssten sie ja Mitglied des GHBV werden!)

Gleichzeitig muss aber natürlich auch geklärt werden, wie die Hafentriebe hinterher entsprechend die Rückzahlung in diese Kasse sicherstellen können. Auf dem Spiel steht hier für uns eine ganze Menge: das Schicksal der Beschäftigten, auch der befristet Beschäftigten, die als Erste für diese Krise zahlen, aber auch die Zukunft des GHBV, das heißt, die Frage, ob der GHBV letztlich als soziale Errungenschaft, wie Sie es damals postuliert haben, bestehen bleibt

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben immer noch nicht verstanden, wie ein GHBV funktioniert! Unglaublich!)

oder ob Sie ihn zu einer x-beliebigen Zeitarbeitsfirma machen, die Niedriglöhne zahlt und ihr Personal ständig wechselt, so wie es ihr gerade beliebt. Das wollen wir nicht!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner (SPD)***): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin weder blauäugig – so hieß es ja vorhin, sondern habe blau-graue Augen –, und ich werfe auch nicht mit Wattebäuschen, sondern im Moment rolle ich hin und wieder einmal eher Bauklötze über den Boden, insofern muss ich das scharf zurückweisen, wenn hier behauptet wird, dass ich mit Wattebäuschen werfen würde.

Ich will versuchen, mit ein paar Illusionen aufzuräumen! Sie haben eben das Stichwort Garantielohnkasse genannt. Wir haben den Geschäftsführer des GHBV gefragt – auch in der Hafenausschusssit-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) zung –, ob es eine Möglichkeit gibt, dass die öffentliche Hand in die Garantielohnkasse einzahlt. Da sagte er: rechtlich nicht möglich! Es ist also von staatlicher Seite rechtlich nicht möglich, in die Garantielohnkasse des GHBV einzuzahlen. Das heißt doch aber dann im Umkehrschluss, dass man das irgendwann zur Kenntnis nehmen muss und sich davon verabschieden muss, das immer wieder fordern, immer wieder zu sagen, aber man könnte doch in die Garantielohnkasse des GHBV einzahlen.

Daneben habe ich vorhin beschrieben: 20 Millionen Euro braucht der GHBV bis zum Jahresende, um die Beschäftigten dort zu halten. Diese 20 Millionen Euro hat er nicht, sondern deutlich weniger, das hieße, er müsste im August in Insolvenz gehen. Jetzt können Sie sich ungefähr ausrechnen, was notwendig wäre in dieser Garantielohnkasse – ich sage einmal so über den Daumen sieben bis zehn Millionen Euro bis zum Jahresende –, um den jetzigen Stamm in Beschäftigung zu halten! Dann müssen Sie aber auch die Frage beantworten: Was machen Sie mit den Beschäftigten im Januar, im Februar, im März und im nächsten Jahr, wenn sich die Lage auf dem Markt nicht ändert?

(Zuruf der Abg. Frau N i t z [DIE LINKE])

Diese Fragen beantworten Sie aber nicht, davor drücken Sie sich!

(B) Sie reden davon, man müsste irgendwie dies und das machen, kritisieren nebenbei noch einmal die BLG, die angeblich an Dumpinglöhnen arbeiten würde. Das höre ich hier zum ersten Mal. Mein Eindruck bisher war, dass sie genau an dem Gegenteil arbeitet. Selbst wenn die BLG es als Unternehmen nicht wollte, sage ich Ihnen eines: Die Gewerkschaften im Bereich des Hafens sind so stark aufgestellt, dass sie es am Ende schon verhindern, dass dort Dumpinglöhne gezahlt werden und natürlich ein hohes Interesse daran haben, dass ihre Beschäftigten gut entlohnt werden. Insofern versuchen Sie hier bitte nicht, diesen Eindruck zu erwecken, als wären das eigentlich alles ganz böse Buben, die dort agieren.

Ich glaube, dass wir als Politik hier in diesem Haus gut beraten sind, wenn wir kein Wettrennen stattfinden lassen, bei dem der, der die kreativste Lösung möglicherweise zu haben meint, an die Spitze rennt und wir versuchen, uns gegenseitig mit guten Vorschlägen zu toppen nach dem Motto: Wir wissen zwar nicht, was wir konkret machen sollen, aber wenigstens wollen wir versuchen, die Stimmen der GHBV-Beschäftigten bei der nächsten Wahl zu gewinnen. Das ist auf jeden Fall nicht unser Ansatz, und das ist auch nicht der Ansatz, der am Ende des Tages den Menschen beim GHBV hilft.

(Beifall bei der SPD)

Das Maßnahmenpaket, das mit Hilfe des Senators und der Landesregierung, aber auch mit großer Un-

terstützung der Mehrheit in diesem Haus in Angriff genommen worden ist, verfängt im Moment erst einmal, und es müssen weitere Maßnahmen folgen, aber ich habe bisher nicht den Eindruck, dass Arbeitsagentur, GHBV, die beteiligten Hafenbetriebe, die Gewerkschaften, die sehr stark in dem Thema sind, dass da irgendjemand eine Patentlösung hat. Sie erwecken hier aber die ganze Zeit den Eindruck, als hätten Sie eine Patentlösung, als würde es reichen, „Staat“ oben daraufzuschreiben, und dann wäre das Problem gelöst, dass sie nicht genug Arbeit haben.

(Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Die gehen alle ins Sail City!)

Ich will – weil der Kollege Dr. Möllenstädt eben zu Recht sagte, das ist für Bremerhaven ein großes Problem, was da passiert – aber auch darauf hinweisen, dass es natürlich auch für die Stadt Bremen ein großes Problem ist, wenn Sie sich den ganzen Bereich Automobilzulieferer anschauen, wo der GHBV sehr stark ist. Das heißt, wir müssen bei den Maßnahmen, die ergriffen worden sind, sehr darauf achten, dass sie passgenau sind, dass sie auf den einzelnen Fall, auf den einzelnen Beschäftigten auch zutreffen können, aber wir sollten uns dringend davor hüten, hier Patentrezepte präsentieren zu wollen. Damit streuen wir den Leuten nur Sand in die Augen, und am Ende sichert das keinen einzigen Arbeitsplatz. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich war ich der Meinung, dass unser Dringlichkeitsantrag sehr schlüssig war,

(Zuruf: Nein! – Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Da haben Sie etwas gelernt!)

aber hier sind viele Fragen angestoßen worden. Da wollen wir erst einmal anfangen mit Herrn Dr. Möllenstädt! Herr Dr. Möllenstädt, DIE LINKE ist nicht populistisch,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern sie versucht, hier zu helfen, ganz im Gegenteil zu Ihnen. Sie gehen von dem Bereich der kannibalistischen Innovation aus, sprich des zerstörerischen Erfindungsgeistes! Innovation und Vernichtung von Arbeitsplätzen stehen hier aber nicht zur Debatte, sondern wir sprechen hier zur Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf unsere Hafenbetriebe.

(C)

(D)

(A) Herr Bödeker, Sie verwechseln da irgendetwas: Wenn Sie hier gleichzeitig DIE LINKE und Planwirtschaft zusammenbringen, dann sind Sie auf zwei unterschiedlichen Ebenen unterwegs, denn die LINKE steht nicht für Planwirtschaft, da müssen Sie andere Menschen meinen.

(Zuruf des Abg. B ö d e k e r [CDU])

Dann möchte ich noch einmal zu dem Unterpunkt Lohndumping kommen, den sowohl Herr Willmann aufgegriffen hat als auch Herr Günthner! In unserem Antrag im vierten Absatz in der Mitte steht: „Die Hafengebiete müssen daran gehindert werden, auf billige Leiharbeitsfirmen zu wechseln oder die Tarife zu senken.“

(Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: „Allen voran die BLG“, um das einmal richtig zu zitieren!)

Sie haben vorhin vom Hafenausschuss gesprochen, in dieser Hafenausschusssitzung hat der ver.di-Vertreter dieses Problem benannt, und zwar ist es eine Stauerei-Firma in Bremerhaven, den Namen möchte ich hier nicht nennen, da wir hier in öffentlicher Sitzung tagen, die genau dies gemacht hat. Dass wir vor allem die BLG genannt haben, liegt daran, dass die BLG ein Landesbetrieb ist, und ein Landesbetrieb muss natürlich sensibler arbeiten als ein ganz normaler Betrieb.

(B)

(Abg. G ü n t h n e r meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Müller, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Günthner anzunehmen?

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Günthner** (SPD): Eine Zwischenbemerkung! Ich wollte Sie gerade an den zwischen den Kommata befindlichen Teil zur BLG erinnern, Herr Müller! Nun haben Sie freundlicherweise das schon vorweggenommen. Ich will aber darauf hinweisen, dass Sie damit natürlich den Eindruck bewusst erwecken, als wolle die BLG da Lohndumping betreiben. Das ist deutlich falsch!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist bisher deutlich gemacht worden, nicht nur versichert worden, sondern auch durch die Maßnahmen – Zwischenbemerkungen sind zulässig, Herr Kol-

lege Müller, das steht in der Geschäftsordnung – von der BLG, dass sie natürlich, weil sie den GHBV für systemrelevant hält, ein hohes Interesse daran hat, ihn auch in der bisherigen Qualität zu erhalten. Insofern verwahre ich mich dagegen, dass Sie hier bewusst den Eindruck zu erwecken versuchen, als beabsichtigte die BLG, Lohndumping Tür und Tor zu öffnen.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Wie Sie meinem Redebeitrag bestimmt entnehmen konnten, war dies anders gemeint.

(Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Das heißt, dass wir es nicht wissentlich so darstellen wollten, so war es nicht gemeint. Vielleicht haben wir den Satz ein bisschen missverständlich verfasst, aber nicht mit Absicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Kommen wir jetzt auf den Punkt, Herr Günther! Sie haben vorhin erklärt, Einstellungen der Mitarbeiter bei bremschen Gesellschaften wäre nicht richtig. Wir sprechen hier von Einzellösungen für die Mitarbeiter. Wir sprechen hier von der Absicherung der Hafemitarbeiter und von der Gefahr, dass sie von Hartz IV bedroht würden. Wer in Hartz IV gefallen ist, der weiß, wovon ich spreche. Lassen Sie uns lieber später noch einmal darüber sprechen!

(D)

(Abg. F o c k e [CDU]: Nicht noch einmal! Das können wir nicht ertragen!)

Aber kommen wir zurück zum Thema! Volkswirtschaftlich gesehen ist hier die Erhaltung jedes Arbeitsplatzes wichtig. Wenn wir es jetzt für unsere Gesellschaften so regeln würden, dass wir diese in Gefahr geratenen Menschen kurzfristig einstellen, dann können wir so verhindern, dass sie in Hartz IV fallen.

So können wir die ehemaligen GHBV-Mitarbeiter in Weiterqualifizierungsmaßnahmen, beispielsweise eine Woche lang Bewerbungstraining, bringen. Wenn diese Mitarbeiter, die über diese Maßnahme nun mindestens 360 Tage beschäftigt waren, in die Arbeitslosigkeit gehen, dann erhalten sie sechs Monate lang Arbeitslosengeld II statt Hartz IV und haben so die Möglichkeit, über weitere Qualifizierungsmaßnahmen wieder in den Beruf zu finden. Wenn wir Glück haben, Herr Günthner, dann ist es sogar möglich, dass sie aus dem Arbeitslosengeld II wieder in den Hafbetrieb hineinkommen, wenn die Wirtschaftskrise

(A) schneller vorüber sein sollte und unsere Häfen wieder florieren.

(Zuruf des Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Ich denke, die Redebeiträge, die ich bisher gehört habe, gehen eigentlich alle in die gleiche Richtung, dass wir es gut finden, dass dieser Solidarpakt da ist. Auch hören wir immer wieder aus den Redebeiträgen heraus, dass wir dafür Dank zollen. Das wird übrigens durch alle Fraktionen sichtbar. Aber wir müssen uns Gedanken darüber machen, diesen Menschen, die jetzt direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, zu helfen. Deshalb erwarten wir, dass der Senat Konzepte erarbeitet, und das möglichst schnell, denn die ganzen Maßnahmen, die wir jetzt und auch im Hafenausschuss detailliert erklärt bekommen haben, haben ein Enddatum. Irgendwann laufen diese aus, und dann müssen wir gewappnet sein, um weitere soziale Härten vermeiden zu können. – Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Nagel.

(B) **Senator Nagel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für mich hat die Debatte eines deutlich gemacht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Häfen und in unseren Logistikunternehmen brauchen DIE LINKE auf keinen Fall!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Mir drängt sich der Eindruck auf, Sie bieten da Opium an: Wir lösen die Probleme, indem wir viel öffentliches Geld verwenden. Aber, meine Damen und Herren, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Hafenbetrieben sind keine Junkies,

(Abg. M ü l l e r [DIE LINKE]: Wer hat denn so etwas gesagt?)

sondern das sind Leute, die hart für ihr Geld arbeiten und deshalb den Anspruch haben, von uns realistische Lösungen zu bekommen und kein Opium.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dann kommt noch eines hinzu, Herr Müller, Dumpinglöhne: Es ist eine Unverschämtheit, nicht nur in Richtung des Managements, sondern der Arbeitnehmer der BLG, die genau wissen, was hinter dem harten Wettbewerb steht. Warum wird denn über Tarife gesprochen? Weil große Kunden sagen angesichts der

wirtschaftlichen Probleme, die wir weltweit haben, Leute, wir haben da ein Problem mit Wettbewerb, mit Kostenstrukturen, und deshalb wird zwischen Arbeitnehmern und dem Management darüber geredet, und zwar so, wie Herr Günthner sagt, die Arbeitnehmer stark vertreten durch gute Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Deshalb weise ich diesen Vorwurf entschieden zurück, das ist eine Frechheit gegenüber all diejenigen, die bei der BLG arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU – die FDP wird zustimmen – sehr dankbar für den Antrag, denn es wird eines darin deutlich, was ganz wichtig für die Beschäftigten und auch für die Wirtschaft in Bremen ist, nämlich in schwerer wirtschaftlicher See solidarisch das Schiff stabil und auf Kurs halten und Fahrt aufnehmen können, wenn wieder freundlichere Winde wehen. Das mag Ihnen ein bisschen lyrisch klingen, aber die Solidarität kommt ja zustande, meine Damen und Herren, weil wir es mit brutalen wirtschaftlichen Fakten zu tun haben, die man nicht wegdiskutieren oder auch nicht mit öffentlichem Geld wegfinanzieren kann. Es ist aber auch ökonomisch klug, denn klar ist, dass es nicht um eine strukturelle Krise unserer Hafen- und Logistikwirtschaft geht.

Was heißt strukturell? Es würde Managementfehler oder Fehleinschätzung von Märkten bedeuten oder Arbeitnehmer, die nicht qualifiziert genug oder nicht engagiert genug arbeiten. All das ist ja nicht der Fall, all das haben wir, deshalb haben unsere Häfen ja den Erfolg. Nein, wir haben keine strukturelle Krise, sondern wir haben eine weltweite Konjunkturkrise, und deshalb ist es wichtig, solidarisch Zeit zu gewinnen, um dann, wenn die Konjunkturlokomotive wieder Fahrt aufnimmt, auch dabei sein zu können und eben keine kaputten Strukturen zu haben, die uns dann viel teurer kämen und vor allem die Arbeitnehmer viel mehr kosten würden als der solidarische Beitrag, den jetzt alle erbringen.

Wann wird es besser? Das ist eigentlich die entscheidende Frage, auf die niemand eine endgültige Antwort hat. 2009 ist ein schwieriges Jahr, für 2010 gibt es leichte Hoffnung, dass es besser wird, so jedenfalls der Bundeswirtschaftsminister. Deshalb bleibt es weiter erforderlich, dass wir angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage auch hier in Bremen auf Tuchfühlung mit den Akteuren bleiben und versuchen, das Richtige zu tun, um Zeit zu gewinnen. Mut und Realismus sind in diesen schwierigen Zeiten erforderlich, so verlangt es jedenfalls der Bundeswirtschafts-

(C)

(D)

(A) minister, und ich glaube, wir in Bremen haben diesen Mut und diesen Realismus.

Ich möchte zu dem Thema, was die öffentliche Hand beziehungsweise der GHBV tun sollen, den Geschäftsführer des GHBV zitieren, auch im Hinblick auf Forderungen, die hier im Hause von der linken Seite erhoben wurden:

„Seehäfen sind privatwirtschaftlich organisiert, und das gilt auch für den GHB trotz seiner Sonderstellung. Der GHB weiß, dass der Senat alle Aktivitäten gut informiert begleitet und dass er sich dort für den GHB und auch für die Arbeitsplätze in den Seehäfen stark macht, wo er es kann. Das geschieht, indem der Senat Investitionen in die Seehäfen bewilligt und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schafft, und in der konkreten Situation hilft der Senat dadurch, dass die politischen Entscheidungsträger in politischen Gremien, aber auch im Bereich von Aufsichtsräten und anderen Funktionen positive Multiplikatoren sind. Dies führt dazu, dass sich auch sozialpolitische Rahmenbedingungen verändern“, das Kurzarbeitergeld ist gemeint. „Die Beschäftigung selbst muss von den Unternehmen akquiriert werden, und das Akquirieren von Ladung im internationalen Umfeld ist momentan das Problem aller großen Universalhäfen in der Nordrange. Bremen hat aber gute Voraussetzungen, um hier schneller wieder Fuß zu fassen als andere. Je schneller dies gelingt, umso eher wird diese Krise Vergangenheit sein.“ Soweit die Geschäftsführung des GHBV, dem habe ich insoweit nichts hinzuzufügen!

(B)

Wir sind im Prozess der Umsetzung der Vereinbarungen. Das ist auf gutem Weg, es wird versucht, beim GHB so viel wie möglich an Bord zu halten, und es gibt die begründete Hoffnung, dass über die 1 650 Kolleginnen und Kollegen hinaus weitere gehalten werden können. Ganz wichtige Rahmenbedingungen – Herr Bödeker, Sie sind darauf eingegangen –, sind 24 Monate Kurzarbeitergeld und ganz wichtig, dass künftig ab dem sechsten Monat die Sozialversicherungskosten voll übernommen werden, auch das hilft den Betrieben, auch dem GHB und anderen, Zeit zu gewinnen, um über die Durststrecke zu kommen.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Rupp anzunehmen?

Senator Nagel: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Senator, ich wollte Sie fragen, ob Sie den Einsatz von Kurzarbeitergeld zur Vermeidung von Entlassungen auch als Opium einstufen würden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

(C)

Senator Nagel: Nein, das schätze ich nicht als Opium ein! Ich schätze es aber als Opium ein zu sagen, dass wir mit staatlichem Geld ein Privatunternehmen, nämlich den GHBV, unterstützen sollen, ohne dass Sie mir sagen können, wie das gehen soll. Kurzarbeitergeld ist eine legitime Hilfe und Unterstützung, um über eine Durststrecke hinwegzukommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist etwas völlig anderes als zu sagen, hier ist Geld, dein Arbeitsplatz ist sicher, du musst dich um nichts mehr kümmern.

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Nagel: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Wir haben im Kern im Punkt 2 unseres Antrags gesagt, man muss Kurzarbeitergeld, Bundeshilfen, EU-Mittel und anderes nutzen, um über die Runden zu kommen. Jetzt kann man sagen, es taugt nichts, aber ich frage Sie, warum Sie das dann erstens als Versuch der Verstaatlichung oder zweitens als Opium fürs Volk oder Ähnliches diskreditieren. Nichts weiter als das, was Sie gesagt haben, nämlich dass man diese Instrumente nutzen soll, um Entlassungen zu vermeiden, haben wir gefordert!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Senator Nagel: Sie haben mehr gefordert als das, deshalb ist das nicht ganz redlich, was Sie hier sagen. Das Kurzarbeitergeld ist völlig unstrittig, aber wenn wir schon so genau hinschauen, es heißt bei Marx, richtig nachgelesen, Religion als Opium des Volkes!

Ganz wichtig war in dem Zusammenhang, das will ich ausdrücklich auch betonen, das Mitwirken der Bundesagentur für Arbeit. Denn es gab einige Punkte, die, wenn man das allein so abgearbeitet hätte, nicht gegangen wären, deshalb war es wichtig, dass wir uns alle zusammengesetzt haben, dass uns vor allem die Bundesebene da massiv unterstützt hat.

Es gilt zu versuchen, so viel wie möglich an Bord zu halten, und auch die anderen, die nicht an Bord bleiben können, auch das ist deutlich geworden, werden nicht vergessen, abgeschoben und weg damit, sondern die Bundesagentur hat in diesen Gesprächen zugesagt, dass für jeden Einzelnen eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt gesucht wird, und auch das hat die Bundesagentur gesagt, es gibt trotz insgesamt

(A) schwieriger Arbeitsmarktlage sehr wohl Perspektiven. Diese sind auch aus den Beiträgen der Fraktionen schon deutlich geworden, zum Beispiel Windenergie, aber auch andere Bereiche. Deshalb noch einmal herzlichen Dank! Es ist gut, dass wir als Senat und Sie als Bürgerschaft der Verantwortung für die Beschäftigten und vor allem für unsere Hafenvirtschaft gerecht werden, das wird auch registriert und, ich denke, positiv gewürdigt werden. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Wer dem Punkt 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/765 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 1 ab.

Wer dem Punkt 2 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/765 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 2 des Antrags ab.

Wer dem Punkt 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/765 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Punkt 3 des Antrags ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/772 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, dass wir noch zwei Tagesordnungspunkte mit einer Redezeit nach unserer Geschäftsordnung haben. Bleibt es interfraktionell dabei, dass wir keine Mittagspause machen? – Das ist der Fall.

Arbeitsplätze bei der Schichau Seebeck Werft (SSW) und beim Gesamthafenbetriebsverein (GHB) retten!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 2. April 2009
(Drucksache 17/745)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske und Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich eigentlich darüber, dass dieser Antrag, der ja mit den anderen Anträgen zusammenhängt, die wir eben behandelt haben, nicht zusammengelegt worden ist. Es ist eigentlich schon viel gesagt worden, aber trotz-

(C)

(D)

(A) dem gebe ich Ihnen die Möglichkeit, meinem Antrag zuzustimmen.

Auf Grundlage der dramatisch sinkenden Umschlagzahlen sowie der Insolvenz einer Werft in Bremerhaven sind über 1 000 Arbeitsplätze bedroht. Es sind zwar etwas weniger, als anfangs befürchtet und angenommen worden ist, aber trotzdem wäre ein solch dramatischer Stellenabbau eine Katastrophe für den Hafens- und Werftenstandort Bremerhaven insgesamt. Zwar jagt ein Krisengipfel den anderen, aber einen Ausweg gibt es nicht, eine effektive Lösung gibt es erst recht nicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben in ständiger Angst um ihren Arbeitsplatz. Sie haben berechnete Existenzsorgen, sie haben eine unerträgliche Ungewissheit, wie es insgesamt weitergehen soll, wie und wovon sie weiterhin zum Beispiel ihre Raten für das Haus bezahlen sollen, wie sie die anderen konstant ansteigenden Nebenkosten bezahlen sollen und so weiter. Die Arbeiterinnen und Arbeiter fühlen sich immer noch zu Recht von der Politik, den Parteien, aber auch von den Gewerkschaften im Stich gelassen.

(B) Selbstverständlich wissen alle Arbeitnehmer, dass vielleicht einige wenige Kolleginnen und Kollegen in der boomenden Windenergiebranche untergebracht werden könnten. Aber was ist mit den vielen anderen Kolleginnen und Kollegen? Davon werden vielleicht einige wenige im Bundesland Bremen eine Arbeit finden, einige andere Kolleginnen und Kollegen werden und müssen dann unweigerlich in andere Bundesländer abwandern, und sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden arbeitslos, vielleicht auch aufgrund ihres hohen Alters Langzeitarbeitslose bleiben. Das heißt, sehr viele hochqualifizierte Fachkräfte sind für die gesamte Hafenwirtschaft verloren. Es bleibt also die Tatsache, dass bei all Ihren sogenannten Gesprächsrunden für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen fast nichts herausgekommen ist. Es wurde zwar wie immer viel geredet, das Meiste aber wurde zerredet. Die Gesamtlage ist immer noch für sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hoffnungslos, und sie leben immer noch mit der schrecklichen Ungewissheit, wie es für sie und ihre Familien weitergehen soll.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, war dieses für Bremerhaven sehr wichtige Thema auch Gegenstand der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven. Den beiden Dringlichkeitsanträgen hat natürlich die Gruppe Protest der Bürger uneingeschränkt und überparteilich zugestimmt, und bei einer solchen für Bremerhaven überlebenswichtigen Frage kann man das Land Bremen natürlich nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Darum hoffe ich auf eine uneingeschränkte Zustimmung zu meinem Antrag durch den Landtag zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Stadt Bremerhaven. Denn wir müssen alle gemeinsam alles Menschenmögliche dafür tun, damit alle Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven

erhalten bleiben, das ist für das Bundesland Bremen überlebenswichtig und dient dem Erhalt der Selbstständigkeit Bremens.

(C)

Meine Damen und Herren, immer noch haben weit über 1 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr große und berechnete Angst um ihren Arbeitsplatz. Sie wissen nicht, wie es weitergehen soll. Da ist es unsere politische Verantwortung, Verpflichtung und Aufgabe, diesen Menschen schnell und effektiv zu helfen. Sie dürfen diese Menschen nicht im Stich lassen. Nun frage ich Sie allen Ernstes, es gibt unzählige Notpläne und finanzielle Rettungspakete, wie zum Beispiel für Banken, Karstadt, Quelle und so weiter, Abwrackprämien für die Autoindustrie, Millionen Euro Abfindungen für unfähige Manager: Warum gibt es nicht auch ein umfangreiches Rettungspaket für unsere sehr wichtige Hafenwirtschaft zum Erhalt von Arbeitsplätzen auch ohne rechtliche Grundlage, solidarisch bis zur Überbrückung der Hafenkrisen, so wie es alle ja vorhergesagt haben?

Es ist doch klar, dass Sie mit den jetzt eingeleiteten Maßnahmen niemals eine dauerhafte, zukunftsorientierte Stabilisierung der für das Bundesland Bremen gerade im arbeitsmarktpolitischen Bereich überlebenswichtigen Hafenwirtschaft erreichen werden. Dazu sind die bis jetzt von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen einfach viel zu wenig. Darum sage ich Ihnen noch einmal: Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen selbstverständlich auch unter Mithilfe einer finanziellen, solidarischen Unterstützung des Landes genutzt werden, dazu ist – das wurde hier schon erwähnt – das auf 24 Monate verlängerte Kurzarbeitergeld schon einmal ein ganz kleiner Schritt, um die weit über 1 000 bedrohten Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven erhalten zu können. Das sind wir den Kolleginnen und Kollegen schuldig, das ist unsere Aufgabe, soziale Verpflichtung und Verantwortung.

(D)

Darum stimmen Sie meinem Antrag zu, denn Solidarität ist ja schön und gut, Solidarität darf aber nicht nur einseitig auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Hier ist auch das Land dringend finanziell solidarisch gefordert.

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Manche Tage könnten eigentlich so schön sein, aber wenn man dann hierher kommt und merkt, es entwickelt sich so langsam zum Tittmann-Day, der dann auch noch in einem solchen Antrag endet, dann ändert man auch manchmal seine Meinung, was einen schönen Tag betrifft.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wende mich zuerst einmal dem Antrag zu! Wenn man ihn liest, wenn man ihn auf den Tisch bekommt,

(A) dann enthält er natürlich eine Überschrift, die uns allen zu denken geben sollte, weil da sehr viel dahintersteckt: Arbeitsplätze bei der Schichau Seebeck Werft und beim Gesamthafenbetriebsverein retten! Dafür müssen wir uns einsetzen, ich denke, das müssen wir diskutieren. Darauf folgt dann die schriftliche Begründung, nämlich nicht eine einzige Zeile, damit sich überhaupt ein anderer Abgeordneter hier damit beschäftigen kann.

Herr Tittmann hat es gar nicht nötig, überhaupt seine Gründe zu begründen, er sagt ganz einfach: Ich habe einen Entschluss, und dieser Entschluss heißt, der Senat möge sich doch bitte kümmern, am besten, er wird auch gleich Reeder bei der SSW, aber er sagt nicht, wie das geht. Das begründet er dann mündlich, und wenn wir dann diese mündliche Begründung hören, die ja in den beiden Beiträgen vorher auch ausreichend besprochen wurde, dann kann ich Ihnen sagen: Darin ist nichts, darin ist keine Substanz, das hätte man sich sparen können. Herr Tittmann hätte verfahren sollen wie in der schriftlichen Begründung, er hätte das Ganze lassen sollen und den Antrag zurückziehen sollen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Über wie viel oder über wie wenig Kenntnisse in diesem problembesetzten ernstesten Thema Herr Tittmann verfügt, möchte ich doch einmal ganz gern an einem Beispiel der SSW hier heute vortragen! Es ist zwar richtig, den genannten Betrieben geht es derzeit bestimmt nicht gut. Meine Damen und Herren, es sind nicht nur diese Betriebe, es ist die gesamte Hafenvirtschaft, und es sind auch alle Werften. Bei der SSW sind zurzeit die Seestadt Bremerhaven, das Land und mehrere Unternehmen längst tätig. Der Interessenausgleich Sozialplan für die SSW wird gerade abgeschlossen.

Für den Zeitraum von sechs Monaten wird eine Transfergesellschaft gegründet – keine Beschäftigungsgesellschaft –, die die Menschen qualifiziert und die sie in den nächsten sechs Monaten in die dort bereits bestehenden Betriebe, aber auch in neu zu gründende Betriebe, deren Anträge schon lange vorliegen, überführt. Bei der SSW stehen zur Disposition 282 Arbeitsplätze, und über diese Gesellschaft sollen 210 Arbeitsplätze wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. Ich denke, wir können denen, die diese Verhandlungen führen, die dies umsetzen und der Gesellschaft als solcher, die bereits nächsten Freitag, am 8. Mai, gegründet wird, die dies veranlassen, die dies bearbeiten, alles Gute wünschen, und wir sollten uns bei ihnen bedanken, weil das eine Riesenleistung in diesem Bereich ist.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(C) Ich will auch nicht vergessen zu sagen, dass dazu natürlich die Finanzierung dieser Transfergesellschaft gehört, aber auch hier ist man auf einem guten, wahrscheinlich auch auf einem schnellen Weg. Wie ich gehört habe, sollen zwei Drittel durch die Unternehmer finanziert werden, ein Drittel verbleibt beim Land, und da denke ich doch, dass man einen kurzen Weg finden kann, damit es da gar keine Fehlentscheidungen geben kann. Ich denke, das sind wir gerade diesen Menschen schuldig, und ich bitte wirklich darum, auch dort schnelle Arbeit zu leisten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch die Solidarität der Betriebe im Hafen untereinander, die Krise in erträglichen Maßen zu halten, verdient unsere Anerkennung und unseren Beistand. Herr Tittmann, Sie beklagen diesen Zustand, vergessen aber zu sagen, dass der Hafenausschuss allein in der letzten Sitzung zweieinhalb Stunden mit der BLG direkt über dieses Thema diskutiert hat. Sie sind nach zehn Minuten gegangen. Ich kann mir nicht vorstellen, woher Sie Ihren Kenntnisstand haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. G ü l d e n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber in die Liste eingetragen!)

(D) Meine Damen und Herren, die Abgeordneten der demokratisch legitimierten Fraktionen dieses Hauses werden, wo immer sie können – und ich denke, da spreche ich für alle Abgeordneten –, ihren Teil jederzeit dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines, und das möchte ich hier auch sagen, brauchen wir einzig und allein dazu nicht, nämlich Sie, Herr Tittmann!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Dieses Haus, Herr Tittmann, ist sich der schwierigen Lage, in der wir uns derzeit befinden, voll bewusst. Jeder in diesem Haus wird sich, so er irgend kann, ich habe das eben gesagt, für eine Verbesserung einsetzen. Auf Ihren Beitrag hierzu können wir künftig und auch jetzt getrost verzichten. Ihren Antrag lehnen wir ab, wobei man Ihren Unsinn eigentlich nicht einmal zur Kenntnis nehmen sollte. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Nestler, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Bremen gibt es auf Grundlage Ihrer verfehlten Politik schon lange, schon seit Jahren keinen schönen Tag mehr, ganz im Gegenteil! Das, was Sie eben ausgeführt und begründet haben, wir kümmern uns schon darum, es wird schon verhandelt, und irgendwann – fragt sich nur wann! – wird auch gehandelt werden, alles wird wieder gut und so weiter, habe ich auch in anderen Bereichen Ihrer Politik schon hundertmal gehört. Ihre leeren Versprechungen glaubt doch kein Mensch mehr. Deshalb kann ich mit reinem Gewissen behaupten: Nichts wird gut, nichts wird sich für die betroffenen Menschen ändern, das sind alles Schaufensterreden und leere Sprüche, worauf wir und die Bürgerinnen und Bürger getrost verzichten können.

Unsere Bürgerinnen und Bürger haben es im Bundesland Bremen satt, immer wieder und immer wieder bis zur nächsten Wahl beruhigt zu werden. Dann sagen Sie mir und der Bevölkerung doch einmal: Was hat sich im Sinne der Bevölkerung denn großartig geändert, effektiv spürbar verbessert? Nichts! Wenn Sie doch so eine ach so großartige Politik im Sinne der Bürger umgesetzt haben, dann frage ich Sie konkret: Ist der gigantische Milliardenschuldenberg des Bundeslandes Bremen abgebaut worden? Nein, im Gegenteil, Sie waren davor in der Großen Koalition mit verantwortlich!

(B) (Zurufe von der CDU: Thema!)

Ist der gesamte Bildungsbereich des Bundeslandes Bremen besser geworden? Nein, ganz im Gegenteil, PISA lässt grüßen! Sind die Arbeitslosenzahlen deutlich gesenkt worden? Nein! Ist die innere Sicherheit für unsere Bürger besser geworden? Nein, ganz im Gegenteil!

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt reden Sie über etwas anderes, weil Sie im Hafenausschuss nicht da waren!)

Gibt es die von Ihnen so viel beschworene soziale Gerechtigkeit im Bundesland Bremen? Nein, die Armut steigt im Bundesland Bremen konstant an. Ich weiß gar nicht, warum Sie dazwischenrufen und lachen!

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Sie Blödsinn reden!)

Nein, weil Sie die ganze Rede nicht verstanden und nichts kapiert haben, wie so oft! Darum verstehe ich auch gar nicht, warum Sie hier dazwischenrufen!

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Wo waren Sie denn im Hafenausschuss?)

(C) Haben unsere Kinder im Bundesland Bremen bedarfsorientierte Lehrstellen, Arbeit und eine Zukunft? Nein! Die Antworten lauten alle nein und nochmals nein, und da kommen Sie hier nach vorn und wagen, eine solche Schaufensterrede zu halten.

Meine Damen und Herren, solche ständigen Alibireden haben unsere Bürgerinnen und Bürger schon lange satt. Darum sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Es muss endlich politisch gehandelt werden, und dafür müssen weniger Schaufensterreden gehalten werden. Hier sind noch mehr solidarische Aktionen der gesamten Hafenwirtschaft sowie des Landes Bremen dringend erforderlich, damit wirklich spürbare und effektive Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei herauskommen. Unendliches Gerede hilft den betroffenen Menschen nicht.

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Dann hören Sie doch auf!)

(D) Das Mittel einer verlängerten Kurzarbeit zum Erhalt wichtiger Arbeitsplätze ist eingeleitet. Ich betone ganz deutlich: Es ist keine Dauerlösung, das heißt, notfalls – und wir haben einen sehr großen Notfall, das können nicht einmal Sie bestreiten! – muss auch das Land Bremen zur Bekämpfung und Überwindung der Hafen- und Werftenkrise ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen, um für das Land die sehr wichtigen Arbeitsplätze dauerhaft abzusichern. Sagen Sie jetzt ja nicht, die finanziellen Mittel wären dafür nicht vorhanden, dann sage ich Ihnen nämlich – und das würde auch den ganzen Tag in Anspruch nehmen –, in welchen Bereichen Sie schon über Jahre hinaus, früher die Große Koalition, jetzt die rot-grüne Koalition, für unsinnige, unnötige Großraumprojekte Gelder verschwendet haben und so weiter. Das wären zusammen bis heute weit über Hunderte von Millionen Euro.

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Milliarden!)

Und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven soll urplötzlich kein Geld mehr vorhanden sein? Ich bitte Sie, mit einer solchen Ausrede machen Sie sich zutiefst lächerlich und unglaublich vor der ganzen Bevölkerung! Deshalb stimmen Sie meinem Antrag zu!

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(A) Wer dem Abtrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 17/745 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Gewalt- und Vergewaltigungsoffer in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 27. April 2009
(Drucksache 17/767)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Hiller.

(B) Abg. Frau **Hiller** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute noch einen wichtigen Tagesordnungspunkt haben. Ich bemühe mich, mich etwas kürzer zu fassen, aber es ist mir schon ein Anliegen, dass nach Herrn Tittmann noch einmal eine wirklich wichtige Debatte hier in diesem Hause stattfindet.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Am 16. März 2009 wurde im Rathaus der 11. Bremer Solidaritätspreis verliehen. Ich war bei der Verleihung dabei und war schwer beeindruckt, einmal von Frau Birhaheka, was sie für eine wichtige Arbeit im Kongo leistet, wie darüber berichtet worden ist, wie die Situation im Kongo ist, aber auch über die Laudatorin, Frau Hauser, die den alternativen Nobelpreis erhalten und dort auch noch einmal deutlich gemacht hat, welche Möglichkeiten wir hier in der Bundesrepublik haben, die Frauen im Kongo auch zu unterstützen. Auf dieser Preisverleihung ist entstanden, dass wir uns auch als Bürgerschaft damit befassen und bemühen, neben der Verleihung dieses wichtigen Preises auch konkret zu sehen, wie wir es in politisches Handeln umsetzen können.

Wie ich eben schon erwähnt habe, hat die kongolesische Menschenrechtsverteidigerin Frau Birhaheka diesen Preis bekommen. Ich fand es beeindruckend,

noch einmal mit unserer Vizepräsidentin des Hauses ein kleineres Gespräch zu führen, wo sie detailliert dargestellt hat, wie die Situation ist, aber auch von ihrer Organisation PAIF, von der sie Leiterin und Gründerin ist, das darzustellen, was sie da sehr mutig vor Ort für die Mädchen und Frauen macht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die Situation im Kongo eingehen, Sie haben das ja in unserem Antrag auch lesen können! Ich finde es brutal und fürchterlich, wie die Situation ist. Im Jahr 2008 sind laut UN-Menschenrechtsrat über 100 000 Frauen im Kongo brutalst, teilweise mehrfach, vergewaltigt worden, und nicht nur Frauen, sondern auch Mädchen. 20 bis 30 Prozent, das ist nicht ganz geklärt, der Frauen und Mädchen werden durch die Vergewaltiger mit HIV infiziert. Da möchte ich jetzt an dieser Stelle die Möglichkeit nutzen, noch einmal auf die Ausstellung „Stille Heldinnen“ hinzuweisen, die heute im Rathaus eröffnet wird – Herr Dr. Loske ist auch dabei –, die davon handelt, dass afrikanische Großmütter sich um Kinder kümmern, wo die Eltern an HIV, also an Aids, gestorben sind. Ich finde es sehr gut, dass in Bremen auch praktische internationale Arbeit geleistet wird und sich auch mit diesen schwierigen Themen befasst wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Frau Hauser, die ja von medica mondiale ist, hat in ihrer Laudatio gesagt: Kriegsvergewaltigungen, und die finden ja statt – es ist eine strategische Vergewaltigung, die die Frauen, aber auch die Familien und die Gemeinschaft zerstören soll –, sind vermeidbar! Wir müssen einfach anfangen, klar stopp zu sagen, und ich denke, das sollten wir hier in diesem Hause heute auch tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben uns bemüht, in unserem Antrag konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für die Bundes-, aber auch für die europäische Ebene zu formulieren, ich möchte jetzt auf vier Punkte noch einmal eingehen. Das Erste ist die Umsetzung von internationalem Recht. Es gibt genügend Resolutionen von der UN, genau diese Verbrechen, die hier skandalisiert werden, zu verhindern oder etwas dagegen zu tun. Es ist aber das Problem, dass zwar diese Resolutionen unterzeichnet werden, aber die Umsetzung dann doch sehr schwierig ist und teilweise auch überhaupt gar nicht stattfindet. So haben wir eine Resolution, die im letzten Jahr unterschrieben worden ist, die Vergewaltigung und andere Formen sexualisierter Gewalt zu Kriegsverbrechen erklärt, und das bedeutet,

(C)

(D)

- (A) dass es auch eine strafrechtliche Verfolgung geben muss. Das findet im Kongo, als Beispiel für andere Länder, nicht statt.

Genauso haben wir eine Resolution vom Jahr 2000, die auch die Bundesrepublik mit unterzeichnet hat, in der steht, dass Mädchen in Konfliktregionen, wie im Osten des Kongos, geschützt werden müssen. Auch das wird nicht umgesetzt. Da könnte man ansetzen, seine Möglichkeiten, die man hat, auch weltweit zu nutzen! Das kann man auch durch Gespräche tun, indem man deutlich macht, was eine gute Regierung bedeutet, „Good Governance“ wird das im europäischen oder im internationalen Kontext genannt, indem deutlich wird, dass es einen Rechtsstaat geben muss, dass Gerechtigkeit und Verantwortung dazu gehören, wenn man eine gute Regierung sein will. Das bedeutet, dass man dies in einem nationalen Aktionsplan darstellt, in dem genau diese Resolution, die ich erwähnt habe, konkret in strategische Umsetzungen zum Schutz von Frauen und Mädchen dargestellt wird. Frau Hauser ging in ihrer Laudatio sogar soweit zu sagen, dass Deutschland solch einen nationalen Aktionsplan bräuchte, den es zurzeit nicht gibt.

Als dritten Punkt will ich nur noch einmal auf den Friedensfonds eingehen, auch er ist in unserem Antrag ja formuliert. Die Bundesrepublik hat für den Wiederaufbau im Kongo einen Friedensfonds in Höhe von 50 Millionen Euro eingerichtet. Auch hier müssten die Belange von Frauen und Mädchen zum Schutz, aber auch zur Integration stärker berücksichtigt werden. Gerade die Integration ist ein Problem, weil viele Frauen gar nicht öffentlich deutlich machen wollen, was sie in ihrem Leben schon erlebt haben.

(B)

Als letzten Punkt, und damit will ich dann auch schließen, gibt es die Möglichkeit, sich auch um das Thema Kindersoldaten stärker zu kümmern. 40 Prozent der Kindersoldaten sind Mädchen. Es ist teilweise überhaupt nicht bekannt, dass es so viele Mädchen sind, die dort als Soldatinnen schon tätig sind, aber nur zwei Prozent von diesen Mädchen sind in den Integrationsprogrammen. Deswegen wäre es wichtig, auch auf Bundesebene – und da hoffe ich, dass der Senat sich engagiert dafür einsetzt – etwas daran zu ändern. Ich denke, durch die Verleihung des Solidaritätspreises hat Bremen eine Verpflichtung, sich an diesem Thema auch weiter aktiv zu beteiligen. Ich denke, wir als Bürgerschaft sollten dies auch tun. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Immaculée Birhaheka hat vor Kurzem, das hatte Frau Hiller ja schon gesagt, den Bremer Soli-

daritätspreis für mutiges Engagement gegen die Missachtung von Menschenrechten und Gewalt gegenüber Frauen im Kongo verliehen bekommen. Dazu beglückwünschen wir sie, denn sie hat diesen Preis zu Recht verdient! Sie verrichtet ihre Arbeit unter der ständigen Bedrohung von Repressalien, dem Gefängnis, aber sie muss auch um ihr Leben fürchten, und dies muss anerkannt und unterstützt werden, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der
SPD und bei der LINKEN)

Mich haben die Berichte von Frau Birhaheka über Folter, Mord, Massenvergewaltigungen und Anarchie zutiefst betroffen gemacht, und mir hat das noch einmal gezeigt – man hat von diesen Berichten auch sonst ganz oft in den Medien gehört, im Fernsehen Berichte dazu sehen können –, wenn man mit Menschen, die es vor Ort miterleben, redet, dann macht es das ganze Ausmaß noch einmal sehr viel begreiflicher. Ich bitte Sie, mir einmal 30 Sekunden zu gewähren, um von dem Antrag abzuschweifen, denn was mir dabei noch einmal sehr deutlich geworden ist, ist, wie sicher wir hier in unserem eigenen Land im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D)

Das möchte ich gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in Richtung aller Politikmuffel, aller Politikverdrossenen sagen: Dass wir uns hier in diesem Land frei bewegen können, dass wir uns sicher bewegen können, dass keiner, der seine Meinung sagt, hier mit Repressalien, mit Folter, mit Gefängnis bedroht wird, hat etwas mit dem demokratischen System zu tun, mit seinem Instrument der freien Wahl. Das müssen wir schützen, und deswegen fordere ich jeden auf: Bitte nehmen Sie das Angebot wahr, gehen Sie zur Wahl und leisten Sie damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Demokratie! Andere Menschen in der Welt geben ihr Leben dafür, überhaupt wählen gehen zu dürfen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der
SPD und bei der CDU)

Zum Thema noch einmal! Massenvergewaltigungen als Waffe in Kriegs- und Krisengebieten sind ein Verbrechen, und dies verurteilen wir auf das Schärfste! Im Kongo – wobei sich unser Antrag nicht nur auf den Kongo bezieht, sondern auch auf andere Kriegs- und Krisengebiete – ist den Tätern kein Mittel zu brutal, wie man den Berichten von Hilfsorganisationen und den Vereinten Nationen entnehmen kann. Rebellen- gruppen greifen Zivilisten an, und die brutale Gewalt richtet sich vor allen Dingen auch gegen Frauen und Mädchen. Besondere Sorge bereitet zum Beispiel

(A) Amnesty International, dass Massenvergewaltigungen sowie sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Mädchen seit Ausbruch der Kämpfe zugenommen haben, und – darauf ist Frau Hiller auch eingegangen – dass in dem Konfliktgebiet außerdem verstärkt Kindersoldatinnen rekrutiert werden.

Um noch einmal das Ausmaß und die Brutalität zu verdeutlichen, habe ich lange darüber nachgedacht, ob ich aus dem Bericht von Amnesty International die folgenden Passagen zitieren soll, weil ich sie erschreckend finde, weil ich sie abscheulich finde, aber ich möchte es doch machen, um zu verdeutlichen, worüber wir auch sprechen. Der Bericht enthält zahlreiche erschütternde Aussagen von Betroffenen. Kranke, schwangere und behinderte Frauen waren regelmäßig sexueller Gewalt ausgesetzt, Frauen wurden monate- und jahrelang in Kampfeinheiten als sexuelle Sklavinnen missbraucht. Viele Opfer wurden mit Bajonetten, angespitzten Stöcken, Nägeln penetriert, oftmals nach Vergewaltigungen angeschossen und im Genitalbereich verstümmelt. Meine Damen und Herren, es ist nicht nur eine Vergewaltigung, es ist eine Folter, der die Frauen und Mädchen zum Teil dort ausgesetzt sind.

Die Größenordnung und Brutalität übersteigt die menschliche Vorstellungskraft. Ich finde es verabscheuenswürdig, barbarisch, und mir fehlen eigentlich auch ein bisschen die Worte, um zu beschreiben, welche Fassungslosigkeit ich dabei empfinde. Das Schlimmste ist, dass die Täter keine Strafe zu befürchten haben, sie bewegen sich quasi im gesetzlosen Raum. Es gibt zwar seit dem Jahr 2006 dort auch ein Gesetz, dass die Verfolgung und Bestrafung von Sexualverbrechen verschärft hat, aber es wird nicht umgesetzt, und viele Polizisten und Soldaten, so die Berichte, sind selbst an diesen Vergewaltigungen beteiligt. Amnesty International rief deswegen am 26. November 2008 einen internationalen Aktionstag für den Schutz der Menschen im Kongo ins Leben, und wir hier in Bremen dürfen vor so einem Ausmaß an Brutalität, vor solchen Verbrechen im Kongo nicht die Augen zumachen nach dem Motto, na ja, es ist weit weg. Deswegen ist die Verleihung des Solidaritätspreises ein Symbol der Unterstützung, klar, aber – und das muss man auch sehen – es ist eindeutig auch für diese Menschen, die diesen Preis bekommen, oft ein Schutzschild, ihre Arbeit auszuüben, ohne mit dem Tod oder mit Gefängnis bedroht zu werden.

Frau Hiller hat gesagt, wir müssen zusätzlich zu diesem Solidaritätspreis weitere konkrete Maßnahmen ins Leben rufen oder unterstützen, um Frauen in solchen Gebieten helfen zu können. Ein wichtiger Punkt – das kam in dem Gespräch durch, das wir hier in der Bürgerschaft mit Frau Birhaheka hatten – ist die Unterstützung der medizinischen Versorgung, denn das Gesundheitssystem ist dort total zusammengebrochen. Viele Frauen haben Aids, sie brauchen dringend ärztliche Hilfe, sie können aber auch oft nach diesen Vergewaltigungen nur mit Notoperationen

überhaupt gerettet werden. Wir wollen, dass der Schutz vor Vergewaltigungen in die Einsatzrichtlinien der UN-Mission aufgenommen wird, wir wollen die Integration der Kindersoldaten und auch der Mädchen. Ich finde, ein wichtiger Punkt ist, dass den Berichten über diese Verbrechen und der Folter nachgegangen werden muss und dass diese Verbrechen von unabhängigen Gerichten behandelt werden müssen. Einen Punkt finde ich auch hier für Bremen wichtig: Frauen, die vor frauenspezifischer Verfolgung nach Deutschland fliehen, müssen auch tatsächlich hier Asyl bekommen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Gewalt gegen Frauen gibt es weltweit, Massenvergewaltigungen und Folter als Kriegsmittel ist ein Verbrechen, dies verurteilen wir auf das Schärfste. Wir in Bremen machen nicht die Augen zu, wir wollen konkrete Hilfe für die geschädigten Frauen; daher bitte ich Sie, unterstützen Sie diesen Antrag! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(B) Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag, der uns vorliegt, thematisiert zu Recht eines der schwerwiegendsten Probleme im Kongo, die Gewalt und sexualisierte Gewalt gegen Frauen. In den Kriegen dieser Welt wird sexuelle Gewalt als ein Mittel des Krieges strategisch eingesetzt. Massenvergewaltigungen und Misshandlungen von Frauen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die konsequent verfolgt und geahndet werden müssen.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, zu wenig wurde in den vergangenen Jahren getan, um diesen Schandtaten entschlossen und eindeutig entgegenzutreten. Zwar hat der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die ein Ende der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in militärischen Konflikten fordert, zwar werden in dieser Resolution auch deutliche Worte der Ächtung gefunden, aber wir fragen uns, können Worte tatsächlich etwas an der konkreten Lage verändern? Ich glaube nicht! Wir Liberale meinen, hier ist in erster Linie Schutz, medizinische und psychologische Hilfe und vor allem Aufklärung gefragt. Die Völkergemeinschaft muss etwas tun, um den unsäglichen Zustand zu beenden. Ausdrücklich unterstützen wir die Forderung, uns für die Interessen der von Gewalt und Vergewaltigung betroffenen Frauen und

(C)

(D)

- (A) Mädchen einzusetzen. Ausdrücklich sagen wir Liberale, ja, die Welt kann nicht mehr wegschauen, das Leid, was den Frauen dort angetan wird, ist unmenschlich. Alles muss getan werden, damit diese Verbrechen geahndet und geeignete Mittel für eine wirksame Bekämpfung eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen in der Mitverantwortung für diese Frauen und Mädchen und wollen diese schützen.

Wir gehen davon aus, Herr Senator Dr. Loske, dass es einer Erinnerung der Bürgerschaft an den Senat nicht bedarf, dass Sie als Senat sich dieser Verantwortung, die aus der Verleihung des Bremer Solidaritätspreises folgt, auch stellen und sich auch der Unterstützung durch die Bremische Bürgerschaft bei diesem wichtigen Thema bewusst sind. Das Thema ist ja auch schon Gegenstand der Beratungen des Deutschen Bundestages und der Ausschüsse dort geworden. Die FDP hat dem hier vorgetragenen Ansinnen dort zugestimmt, und wir werden auch dem Antrag der beiden Fraktionen heute hier unsere Zustimmung geben. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

- (B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die CDU stimmt dem Antrag zu. Lediglich Punkt 2 h des Beschlussvorschlags lehnen wir ab, ich komme später darauf zurück.

Wir begrüßen, wie Sie alle, die Ehrung durch den Bremer Solidaritätspreis für Immaculée Birhaheka und denken, dass damit eine couragierte, mutige und tapfere Frau geehrt wird, die sich ja nicht nur gegen Folter und Vergewaltigung von Frauen einsetzt, sondern selbst Gefängnis, Folter und permanente Drohungen aufgrund dieser Arbeit und ihres Einsatzes für vergewaltigte Frauen hinnehmen und ertragen muss. Sie lässt sich dadurch nicht einschüchtern. Ihre Arbeits- und Lebensrealität ist schwierig und äußerst gefährlich. Gewalt gegen Frauen – das haben Sie, Frau Dr. Schaefer, sehr eindringlich gesagt – und systematische sexuelle Folter als Teil der Kriegsführung sind verbrecherisch und kann nur von uns allen abgelehnt und auf das Schärfste kritisiert werden.

Die Verleihung des Solidaritätspreises an Immaculée Birhaheka ist mehr als nur eine gutgemeinte Geste. Deshalb haben Sie den Antrag gestellt, und das finde ich auch richtig und gut. Wir wollen das begleiten. Uns selbst wird bewusst – und da geht es mir wie Ihnen, Frau Dr. Schaefer –, was es bedeutet, in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu leben. Wir wissen gar nicht, was es bedeutet, couragiert, mutig und

tapfer für politische, religiöse oder weltanschauliche Positionen einzutreten. Wir kennen das gar nicht mehr, wir müssen das Gott sei Dank nicht. Wir vergessen allzu leicht, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, eine Garantie für freie Meinungsäußerung, eine unabhängige Justiz, demokratische Strukturen zu haben. All dies ist im Kongo und in vielen anderen Bereichen der Welt nicht gewährleistet. Immaculée Birhaheka kämpft unermüdlich und unbeirrt gegen das Unrecht in ihrem Land, dem Kongo. Ihr Mut und ihre Tapferkeit kann uns Vorbild sein, und das ist mein zentrales Thema.

Tapferkeit ist ein altmodischer Begriff, der zu den Kardinaltugenden von Platon zählt. Es gibt ein Buch über „Wesen und Wandel der Tugenden in der Zeit“ von Otto Friedrich Bollnow, in dem er Tapferkeit folgendermaßen beschreibt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Tapferkeit muss errungen werden. Sie ist eine Haltung, die sich der Mensch selbst gibt, indem er die Versuchung zur Feigheit bewusst in sich zurückweist.“

Diese Haltung verkörpert für mich die Preisträgerin. Sie steht und kämpft für Menschenrechte und für Menschenwürde. Für diese Haltung ist sie Vorbild und Beispiel weit über die Grenzen ihres Landes hinaus. Wir vermissen so oft überzeugende Vorbilder – hier haben wir eines! Wir vermissen Persönlichkeiten, die uns Werte und Tugenden überzeugend vorleben – hier haben wir eines! Dass es sich dabei um eine kongolesische Frau handelt, freut mich ganz besonders. Wir alle lernen von dieser Frau, und insofern sind wir nicht nur Gebende, sondern auch Nehmende.

(Beifall)

Die Verleihung des Preises ist gleichzeitig eine Absage an jegliche Formen der Überheblichkeit, des Dünkels und des Rassismus gegenüber der schwarzen Bevölkerung insgesamt und gegenüber den schwarzen Frauen im Besonderen. Dies unterstützen wir als CDU-Fraktion mit vollem Herzen, und man ist eigentlich traurig, wie wenig man tun kann.

Ich komme abschließend zu der Ablehnung von Punkt 2 h. Da sagen Sie, Frauen, die vor frauenspezifischer Verfolgung nach Deutschland fliehen, wird Asyl gewährt. Das ist zu wenig differenziert. Wir dürfen ja nicht das geltende Asylrecht unterlaufen. Hier muss es eine Einzelfallprüfung geben, denn wir können nicht jede Frau aufnehmen, die in einem Land lebt, wo die Scharia gilt, die es erlaubt, Frauen zu schlagen, oder die in Afghanistan lebt, wo Frauen jetzt viermal pro Woche sexuell zur Verfügung stehen müssen, wenn es denn dazu kommt, dass das Gesetz angenommen wird. Insofern muss man hier sicherlich etwas vorsichtiger formulieren. Deswegen werden wir bei der Abstimmung diesem Punkt nicht zustimmen.

Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir dieser Frau und den Problemen in diesem Land,

(C)

(D)

(A) aber auch in vielen anderen Ländern der Welt und den Problemen der betroffenen Frauen, die wir uns überhaupt kaum vorstellen können, die wir fast nur erahnen können, weil niemand von uns so etwas erleben musste und niemand von uns unmittelbar in diesen Ländern lebt, Anerkennung zollen. Ich habe viele dieser Länder selbst besucht und habe viele dieser Frauen auch einmal erlebt, aber trotzdem sage ich: Wir hier sitzen warm und trocken und können uns kaum vorstellen, was das bedeutet!

Insofern finde ich es gut, dass Sie die Aufmerksamkeit mit dem Antrag auch noch einmal auf das Problem lenken und dass wir tun, was wir tun können – wenig genug ist es, und schwierig genug ist es auch –, aber dass niemand uns den Vorwurf macht, wir schauten weg, wir interessierten uns nicht, wir stumpften ab angesichts der Bilder, die wir täglich im Fernsehen sehen. Insofern vielen Dank für Ihre Initiative! Ich bitte um Verständnis, dass wir lediglich an dem einen Punkt getrennt abstimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Troedel.

(B) Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten ist es mir persönlich so schwer gefallen, zu einem Thema zu sprechen. Zornig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen immer mehr zur Kriegswaffe wird. Zusätzlich zu den spontanen sexuellen Gewaltexzessen werden brutale Vergewaltigungen als strategisches Mittel im Krieg eingesetzt. Es geht nicht nur darum, die einzelne Frau zu demütigen, sondern auch um die Zerstörung von Familien und Gemeinschaften. Mit der verlorenen Ehre der Frau soll die gesamte Gemeinschaft ihre Ehre verlieren. Massenvergewaltigungen nach dem Sieg sollen die Gemeinschaften gefügig machen. Eine doppelte Demütigung der Frau, der Mutter, der Tochter, der Schwester. So auch im Kongo: Mehr als drei Millionen Menschen sind seit 1998 in der Demokratischen Republik Kongo getötet worden oder durch die Folgen des Krieges gestorben. Hunger, Krankheiten, Folterungen, systematische Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen erschüttern das Land.

Es gibt auf der Welt keinen schlimmeren Ort für Frauen als die Demokratische Republik Kongo, sagen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Die kongolesische Menschenrechtsaktivistin Frau Immaculée Birhaheka kämpft unter Einsatz ihres Lebens für die Rechte von Frauen. Mutige Frauen wie sie zeigen auf die Täter und fordern ihre Bestrafung. Für ihr Engagement hat sie schon einen hohen Preis zahlen müssen: Gefängnis, Folter und ständige Drohungen. Als Anerkennung für ihre Arbeit erhielt sie wichtige Auszeichnungen von inter-

(C) nationalen Menschenrechtsbewegungen, in Deutschland, in Bremen den 11. Bremer Solidaritätspreis. Die gesamte Bürgerschaft kann ihre Solidarität zeigen, indem sie dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmt, was wir tun – ohne Wenn und Aber.

Wir bitten allerdings noch Folgendes zu beachten: Folter geht nach UN-Antifolterkonvention nur von staatlicher Seite aus. Paramilitärische Verbände und Milizen, wie im Kongo, sind nach dieser Definition nicht erfasst. Das kann zur Folge haben, dass vergewaltigte Mädchen und Frauen nicht als Folteropfer anerkannt werden und somit kein Anrecht auf Asyl haben. Geschlechtsspezifische Verfolgung muss der politischen Verfolgung gleichgesetzt werden, und geschlechtsspezifische Verfolgung muss mit Kriegsverbrechen gleichgesetzt werden! Neben der schärfsten Verurteilung der Länder, die Vergewaltigung in Krisen- und Kriegsgebieten zulassen, sind auch die Nationen zu verurteilen, die durch die Lieferung von Waffen zu Mittätern werden.

Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu und sagen: Danke und Respekt für diesen Antrag!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

(D) **Vizepräsident Ravens:** Nächster Redner ist Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Das Kuratorium des Bremer Solidaritätspreises, das den Senat bei der Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger beratend unterstützt, hat, abweichend von der bisherigen Praxis, dem Senat für den 11. Preis nur einen Vorschlag unterbreitet. Aus gutem Grund: Immaculée Birhaheka und ihre Arbeit, aber auch die Bedingungen, die diese Arbeit erforderlich machen, sind so außergewöhnlich, dass die Entscheidung für Frau Birhaheka und ihre Organisation PAIF über jeden Zweifel erhaben war.

In der Demokratischen Republik Kongo wird ein brutaler Kampf – das Thema kam noch nicht zur Sprache – um die dort vorhandenen Bodenschätze ausgetragen. International besonders begehrt ist das für die Herstellung von Mobiltelefonen benötigte Kobalt. Darin liegt eine besonders zynische Tragik, möchte ich sagen: Der Reichtum des Landes wird der Bevölkerung zum Verhängnis und zum Fluch.

Frauen und Mädchen werden täglich Opfer systematischer Vergewaltigungen als Mittel der Kriegsführung. In vielen Fällen überleben die Opfer nicht, darauf wurde hingewiesen. In allen Fällen sind sie jedenfalls psychisch und physisch schwer und dauerhaft verletzt. Frau Birhaheka und PAIF bieten diesen Frauen und Mädchen medizinische, psychoso-

- (A) ziale, ökonomische und juristische Hilfe. Sie klagen Menschenrechtsverletzungen an, benennen die Täter und engagieren sich gegen Straffreiheit. Dabei sind sie selbst gefährdet!

In ihrer Laudatio bei der Verleihung des Solidaritätspreises fragte die Laudatorin Frau Monika Hauser zu Recht, ich zitiere: „Wer unterstützt und schützt vor Ort Menschenrechtsaktivistinnen? Wer unterstützt Frau Birhaheka, wenn sie wieder zurück im Kongo ist, Täter benennt, vor Gericht bringt und Verurteilung einklagt?“ Frau Hauser machte klar, dass die Beantwortung dieser Fragen auch hier, bei uns in Bremen, Deutschland und Europa beginnt. Der Solidaritätspreis hat traditionell auch eine gewisse Schutzfunktion. Deshalb sieht sich der Senat in der Verpflichtung, das in seiner Macht Stehende zu tun, um die Preisträgerin auch über den Tag der Preisverleihung hinaus zu schützen und zu unterstützen. Der Senat begrüßt daher ausdrücklich den vorliegenden Antrag und bedankt sich dafür.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

In der UN-Resolution 1820 bekräftigt der Sicherheitsrat unter anderem seine Absicht, ich zitiere, „bei der Verhängung und Verlängerung von länderspezifischen Sanktionsregimes die Angemessenheit gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen Parteien bewaffneter Konflikte, die Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Situationen bewaffneten Konfliktes begehen, in Erwägung zu ziehen.“ Ebenso wird auf die wichtige Rolle von Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung hingewiesen und die Notwendigkeit betont, sie an Entscheidungsprozessen zur Konfliktbeilegung und Friedenssicherung umfassend und gleichberechtigt zu beteiligen. Der Senat nimmt die von der Bürgerschaft an ihn gerichtete Bitte, sich für die Umsetzung der entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sowie für die anderen im Antrag genannten Maßnahmen einzusetzen, sehr ernst. Er wird alle ihm möglichen Schritte unternehmen, um die aufgeführten Anliegen und Forderungen zu unterstützen.

Gleichzeitig muss man aber auch in realistischer Einschätzung der eigenen Kräfte zur Kenntnis nehmen, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme durch Bremen in diesem furchtbaren Konflikt begrenzt sind. Neben den im Antrag aufgeführten Maßnahmen wird sich der Senat darum bemühen, mit Immaculée Birhaheka kontinuierlich in Kontakt zu bleiben, um auf eventuelle Bedrohungen direkt und schnell unterstützend reagieren zu können. Wie schon bisher in ähnlichen Fällen, wird der Senat bei Bedarf auch das Auswärtige Amt einbeziehen.

Frau Birhaheka hat während ihres Besuchs mehrfach darauf hingewiesen, dass sexualisierte Gewalt

besonders häufig im Umfeld der Kobalt- und Edelsteinminen stattfindet, die von internationalen Konzernen ausgebeutet werden. Es muss deshalb sichergestellt sein, dass deutsche Firmen an diesem Skandal nicht beteiligt sind.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass auch unsere Lebensstile – natürlich wenn auch in bescheidenem Umfang – über die Rohstoffnachfrage in solchen Ländern mitbestimmen und jeder sich selbst fragen möge, was er braucht und was nicht.

Frau Birhaheka und PAIF geben den vergewaltigten Frauen und Mädchen im Kongo eine Stimme. Diese Stimme hier zu verstärken, indem das Schicksal der Opfer bekannt gemacht und die Täter benannt werden, indem wir uns hier für die Rechte und Interessen der Frauen im Kongo einsetzen und über die Situation dort informieren, dafür sieht sich der Bremer Senat auch durch die Verleihung des Solidaritätspreises an Frau Birhaheka in besonderer Verantwortung. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

- (B)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Zuerst lasse ich über den Punkt 2 h abstimmen.

Wer dem Punkt 2 h des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/767 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Punkt 2 h des Antrags zu.

Jetzt lasse ich über den restlichen Antrag abstimmen.

Wer dem restlichen Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/767 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir sind an das Ende der heutigen Tagesordnung gekommen. Ich wünsche Ihnen noch einen arbeitsreichen Tag und heute Abend unserem SV Werder einen Sieg. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 13.29 Uhr)

(C)

(B)

(D)